

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

20 (24.1.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
ansagen und Stellungsbeleg 8 Pfennig. Die Zeile-Millimeter-
weite 60 Pfennig. Die Überholung nach Text, bei der Nachbehebung des
Zehnjahres, bei gleichzeitiger Behebung und bei Kontur außer Kraft tritt. • Erläuterung
und Gerichtegebühren 10 Karlsruher L. D. • Schluß der Anzeigen-Konten 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenklub

Bezugspreis monatl. 2.50 M. • Ohne Lieferung 2.20 M. • Durch die Post 2.60 M.
Einzelpreis 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. • Erscheint 6 mal wöchentlich
von mittags 11 Uhr • Postfach 2699 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
her L. D., Waldstraße 28 • Telefon 7020 und 7021 • Volksfreund-Verlag: Durack, Haupt-
straße 22; Baden-Baden, Kaiserstraße 6; Rastatt, Rebenstraße 2; Offenburg, Großenallee 81

Nummer 20

Karlsruhe, Freitag, den 24. Januar 1930

50. Jahrgang

Englisch-amerikan. Flottenparität

Wichtige Aussprache auf der See-Abrüstungskonferenz

Die eigentlichen Arbeiten der Flottenkonferenz wurden am Donnerstag in einer geschlossenen Vollkonferenz aufgenommen, an der sämtliche Delegierte in Besetzung ihrer offiziellen Ratsgeber teilnahmen.

Den Vorsitz führte Ramsay MacDonald. Es wurde beschlossen, daß im Falle der Abwesenheit des britischen Ministerpräsidenten in Zukunft der Hauptdelegierte der übrigen Länder in alphabetischer Reihenfolge den Vorsitz führen wird. Nachdem sich die Delegierten hinsichtlich der Arbeitsmethoden der Londoner Konferenz über technische Fragen einig hatten, forderte MacDonald die Delegationsführer auf, in allgemeinen großen Zügen die Stellungnahme ihrer Länder darzulegen.

Der amerikanische Stimmanführer, der amerikanische Ministerpräsident Hoover, erklärte, daß Großbritannien in Gemeinschaft mit Amerika die Flottenparität zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien als wichtigste Grundlage zu einem erfolgreichen Abschluß der Konferenz betrachte. Seiner Auffassung nach müßten die Rüstungsbeschränkungen der verschiedenen Länder in einem bestimmten festen Verhältnis zu dem allgemeinen Zustand der Welt sein. Falls die Konferenz einen Weg zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung bahnen könne, so könne die amerikanische Flotte in gleicher Weise verringert werden. Stimmon führte im übrigen ab, irgend welche weiteren Feststellungen in diesem Zeitpunkt zu machen.

Der französische Ministerpräsident Lardieu erklärte im wesentlichen die in dem französischen Memorandum vom Dezember 1929 dargelegten Gesichtspunkte. Die französischen Bedürfnisse seien sich aus geographischen, ökonomischen und politischen Faktoren ab. Unter ihnen seien die geographischen Punkte die wichtigsten, da Frankreich an drei Meeren liege, seine Küstenlinie und Kolonialen Küstenlinien 1810 Kilometer betragen. Als hauptsächlichstes ökonomisches Element betrachte Lardieu den ausgedehnten Handel zwischen der Heimat und Übersee. In militärischer Hinsicht gebe Frankreich von der Luftfahrt aus, daß zum Schutz einer Vermehrung seiner zum Transport

geeigneten Schiffe die militärischen Einheiten in seinen einzelnen überseeischen Ländern erhöhen müsse. Die Bedürfnisse Frankreichs seien keineswegs absoluter Natur. Internationale Abkommen über die Sicherheit könnten die Bedürfnisse bis zu einem höheren Grad in relative verwandeln. Alles hängt von der Beantwortung der Frage ab, ob ein Land im Falle eines Streites auf sich selbst zu stehen habe, oder ob es mit einem internationalen Zusammenwirken gegen den Angreifer rechnen könne.

Der englische Premier MacDonald entwickelte die bereits aus einer Reihe von Ausführungen bekannten britischen Forderungen. Der Anspruch eines Landes auf eine bestimmte Flottenstärke müßte stets im Verhältnis zum Risiko stehen. In deutscher Polemik gegen Lardieu betonte MacDonald, daß Flotte und Heer nicht deshalb notwendig seien, weil ein Land bestimmte ökonomische Bedürfnisse oder eine bestimmte Länge seiner Küstenlinie zu verteidigen hätte, sondern sie müßten davon abhängen, inwiefern die Sicherheit dieser Küstenlinie bedroht sei. Bedürfnisse eines Landes und Sicherheit müßten stets im Wechsel zueinander stehen. MacDonald unterstrich hierauf die wichtige Lage Großbritanniens, daß es keine eigene Bevölkerung nur aufrecht erhalten könne, wenn es Zugang zur ganzen Welt habe. Er unterstrich ferner, daß die britische Flotte stets und zwar für politische Zwecke auf allen Meeren der Welt am stärksten sein müsse, und betonte schließlich die Wichtigkeit, welche das Problem aus Gründen der britischen Volkswirtschaft bestehe. MacDonald schloß mit einem Appell, man möge Großbritannien vertrauen, in Zukunft werde man wahrscheinlich in einer Welt leben, in der die See nicht blockiert und nicht von feindlichen Flotten besetzt werden würde.

Der italienische Delegierte betonte, Italien sei bereit, seine Rüstungen auf jedes Minimum, so tief es auch liege, herabzusetzen. Vorausgesetzt, daß diesem Minimum Italiens von keiner anderen kontinentalen europäischen Macht überschritten werde.

Der japanische Delegierte beschränkte sich im wesentlichen auf einige Allgemeinbetrachtungen.

Der Weg der demokratischen Partei

Was ist heute die Deutsche Demokratische Partei? Das Parteiprogramm und die Parteideologie der Demokraten geben darauf eine Antwort, die je höher der Anspruch erhebt. Die Demokratische Partei ist nach dieser offiziellen Antwort die Vertreterin des freiheitlichen und fortschrittlichen Geistes im Bürgertum, der Schild der wahren Demokratie in Deutschland. Sie nennt sich mit Stolz eine Partei der Köpfe. Sie erhebt Anspruch darauf, daß die Geistigkeit des neuen Deutschlands sich in ihr zusammendrängt. Zum Unterschied von den reinen Interessentenparteien will sie eine staatspolitische Partei sein, als Demokratische Partei zudem Vertreterin der sozialen Gerechtigkeit.

Ein hoher Anspruch! Aber das ist eben nur die offizielle Lesart! Was ist die Demokratische Partei heute in der Praxis? Sie wird immer kleiner. Von Wahl zu Wahl bestrebt sie die Hoffnung, daß sie den Tiefstand überwinden werde, daß ein neuer Aufstieg ihr beschieden sei. Allein, die Stärke, die sie in der Nationalversammlung hatte, ist selbst für überzeugte Demokraten heute fast eine nie wieder erreichbare Utopie geworden. Diese zahlenmäßige Entwicklung braucht an sich nicht gegen die Deutsche Demokratische Partei zu sprechen, nicht gegen die politische und ethische Fundierung ihres Programms. Der stetige Abstieg der Demokraten ist das Symbol für die Tatsache, wie sehr das deutsche Bürgertum sich von geistiger Politischen abgewandt hat und in der unverbürgten Vertretung der wirtschaftlichen Interessen enger Gruppen volle Betriedigung seiner politischen Bedürfnisse findet. Die Umarmung im deutschen Bürgertum von der demokratischen Ideologie zur unverbürgten Interessentenwirtschaft ist die Ursache, die Schwächung der Demokraten einerseits, das Wachstum der Wirtschaftspartei andererseits ist die Folge.

Die Organisationen der Demokratischen Partei im Lande wollen selbstverständlich nicht an politischer Betätigung sterben. Sie wollen manövrieren, um den Prozeß des Aussterbens zu wenden. Aber wie manövrieren, wenn die Geistigkeit, die demokratische Ideologie, wenn die Partei der Köpfe nicht mehr ansiehend auf Bürgertum und Kleinbürgertum wirkt? Es bleibt als einziger Rettungsanker der Weltauf mit der Wirtschaftspartei und die Folge davon ist, daß die Demokratische Partei von der geistigen politischen Höhe, auf die sie Anspruch erhebt, immer mehr auf das Niveau der Wirtschaftspartei herabsteigt.

Die Reichsleitung der Demokratischen Partei klammert sich an das offizielle Wesen — aber die Organisationen im Lande gehen ihr durch. Es ringt an mit der Ministerialbürokratie in Thüringen, jenem unwürdigen Schauspiel, das Jahre hindurch anhielt. Damals trösteten sich die Demokraten, daß es sich nur um eine Einzelercheinung handele. Jetzt aber scheint kein Halt mehr zu sein, jetzt geht es Schlag auf Schlag.

In Baden haben wir noch in aller Erinnerung die Vorgänge bei der habsburgischen Regierungsbildung und noch viel drastischer das Verhalten der Demokratischen Partei als „Opposition“ in den ersten Sitzungen des neu zusammengetretenen Landtags, das ihre Unfähigkeit in bengalischer Beleuchtung hervortreten ließ.

In Württemberg ist die Demokratische Partei gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung Wols-Basille eingetreten. Wo sind die Zeiten, da die württembergischen Demokraten gegen das „Zammergebilde“ dieser reaktionären partikularistischen Regierung ankämpften! Das württembergische Zentrum hat kostentätig den Bürgerhaushalt fortgesetzt und die Folge ist nun die Kapitalulation der Demokraten. Verlassen ist, das eben erst noch Herr Basille als unerträglich für das Land und für den kulturellen Fortschritt bezeichnet wurde, vergessen ist, daß er dem württembergischen Volksbegehren mit dem Zuschussausparagrafen seine Unterschrift gegeben hat, vergessen ist, daß er einer der Vertreter des orientierten Länderpartikularismus ist. Die Demokraten in Württemberg haben es plötzlich aufgegeben, den Kampf gegen die Reichsregierung bis zur nächsten Wahl fortzusetzen. Der Grund ist klar: Sie haben gefürchtet, daß auch in Württemberg eine Wirtschaftspartei ihnen die Kleinbürgerlichen und Kleinrentnerischen Elemente fortziehen würde. Für ihre Schwächung zu Basille haben sie den Lohn dahin. Der Senior der Demokraten, Friedrich v. Baver, ist aus der württembergischen Demokratischen Partei ausgetreten.

Es ist ein echter Bürgerhaushalt, der sich in Württemberg zusammenschlossen hat, wenn auch die württembergischen Demokraten mit erhobenen Händen versichern, sie hätten nicht daran, eine Kluft gegenüber der Arbeiterische und der Sozialdemokratie zu ziehen. Diese feierliche Versicherung ist nur zu werten als ein Ausdruck des hohen Gewissens und eines letzten Restes von politischer Scham. In Sachen hingegen hat man diese letzten Reste bereits überwunden. In allen lässlichen Gemeinden haben sich die Demokraten in die Einheitsfront der bürgerlichen Parteien zusammen mit den Nationalsozialisten eingeliebert, zu dem offen gestandenen Zweck, die Sozialdemokratie von den Gemeindevorwaltungen auszuschließen. Aus Furcht vor der Konkurrenz der Wirtschaftspartei nehmen die lässlichen Demokraten teil an einer Politik der Vergewaltigung und Provokation der Arbeiterschaft. Sie schrecken nicht davor zurück, sich mit offenen Feinden der Republik und der demokratischen Verfassung zu verbünden.

Und wie in Sachen, so ist es in vielen Fällen in Ostpreußen und in anderen Teilen des Reiches. Es ist eine einheitliche Erscheinung.

Man wird uns gestatten, daß wir über der wahrhaft demokratischen Haltung eines Teils der demokratischen Reichstagsfraktion und einiger großer demokratischer Zeitungen in Deutschland nicht überleben, wie das wahre Gesicht der Deutschen Demokratischen Partei im Lande aussieht. Der Berliner Kommunalstreik ist noch in aller Erinnerung, als eine vergeisterte, stotternde Erscheinung. Die Organisationen der Deutschen Demokratischen Partei im Lande sind auf dem besten Wege diese Erbschaft zu übernehmen.

Finanzpolitisches Vorspiel

Das Zündwarenmonopolgesetz vor dem Reichstag

Berlin, 23. Jan. (Ein. Draht). Die erste Reichstagsitzung im neuen Jahre eröffnete Präsident Hildebrandt mit einem Aufruf auf den vorliegenden sozialdemokratischen Abgeordneten Schüller-Berford. Der Abgeordnete Schüller ist im Plenum des Hauses selten hervorgetreten, hat aber auf seinem engeren Arbeitsgebiet den Interessen der Tabakarbeiter eifrig gedient. Auf der Tagesordnung stand nur der Entwurf eines Zündwarenmonopolgesetzes.

Es handelt sich um die bekannte Kreuzer-Anleihe, die von dem Schwedenbank dem Reich unter der Bedingung gegeben werden soll, daß eine deutsche Zündwarenmonopolgesellschaft eingerichtet wird, die die Begrenzung des Kleinverkaufs für 10 Schachteln und der Zündwarenmonopolgesellschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Hamburg und der Reichsverband deutscher Konsumvereine Köln ausgenommen werden. Diese Gesellschaften sollen in ihren angeschlossenen Vereinen Zündwaren eigener Fabrikation bis zu einer bestimmten Menge liefern können.

Über die Höhe dieser Menge bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und Reichsrat. Auch im Reichstag sind gerade zu diesem Punkte große Differenzen vorhanden, wie die erste Lesung der Vorlage zeigt. Ein Vorkitz der Kommunisten, die Ablehnung der Vorlage von der Tagesordnung zu verbannen, fand keinerlei Widerhall. Da die kommunistischen Redner nur immer wieder dasselbe herbeten, hört im Reichstag niemand mehr auf, auch wenn sie noch so viel Stimmengewalt aufwenden. Der Reichsfinanzminister Molkenbauer führte sich mit einer Rede von wenigen Sätzen ein. Er gestand freimütig, daß ihm die Verhandlungen im Saal noch nicht Zeit gelassen hätten, sich über die Einzelheiten einzuarbeiten. Er werde im Ausschuss offen über die Finanzlage des Reiches sprechen und bei der zweiten Beratung der Vorlage vor dem Plenum zu eingehenden Ausführungen das Wort nehmen.

Auch der sozialdemokratische Abg. Dr. Herz beschränkte sich auf eine ganz kurze Rede. Die Sozialdemokratie behalte sich ihre Stellungnahme bis zur zweiten Beratung vor. Sie warte das Programm des Reichsfinanzministers ab. Entschieden werde für die Sozialdemokratie bei vorliegendem Gesetz sein, ob die Regierungsvorlage zum Zündwarenmonopol belassen bleibe, oder ob nach dem Willen des Reichsrats das Kontingent der Konsumgenossenschaften vermindert werde.

Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Rademacher eröffnete den Reigen grundsätzlicher Kritiker an dem Monopolgesetz. Er behauptete, daß in einer Zeit, wo das deutsche Kapital durch Steuern erdrückt werde, die Regierung einem ausländischen kapitalistischen Konzern soweit entgegenkomme. Woher die Reichsregierung jedoch löst die Summen nehmen soll, die sie braucht, verrät Herr Dr. Rademacher nicht. Es würde diesem Führer des Bergarbeiterpartikularismus auch schwer fallen solche Vorschläge zu machen, da er einer der eifrigsten Käufer nach Steuererlassen ist.

Der Kommunist Dr. Neubauer bekämpfte das Monopolgesetz mit einer Reihe von Argumenten wie Dr. Rademacher, nur schmierte er seine Rede mit einigen Kraftstellen gegen den „Hutlanger“ Kreuzer aus.

Der volksparteiliche Abgeordnete Besthorn fand wenig Gutes an dem Gesetz. Man merkte kaum, daß der Vertreter einer Regierungspartei sprach. Insbesondere kränkte ihn die angelegliche Bevorzugung der Konsumvereine. Er jammerte über die Nachposition der Sozialdemokratie, die sich gerade in diesem Punkte zeige. Die Bevorzugung der Konsumvereine sei für die Deutsche Volkspartei untragbar.

Dieselben Schmerzen brachte der Wirtschaftsparteiler Bornmann vor, und sowohl der Bayerische Volksparteiler Rauch-München, wie der Demokrat Böhmed sekundierten ihm nach Kräften. Der Nationalsozialist Störbe hatte den Auftrag, den Kommunisten an Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie möglichst noch zu überbieten. Man darf ihm und seinesgleichen eigentlich die Anerkennung nicht verweigern, daß sie allmählich kommunistischer reden lernen als die Kommunisten Moskauer Richtung. Gegen 6 1/2 Uhr wurde das Haus auf Montag, 15. Uhr, vertagt. 2. Beratung des Zündwarenmonopols.

Große Koalitions-Besprechungen in Preußen

Die Deutsche Volkspartei zur Einsicht gekommen? In Preußen sind augenblicklich wieder Bestrebungen zur Bildung der Großen Koalition im Gange. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hatte die Volkspartei schon während der Bildung des gegenwärtigen Reichstags, also vor fast 1 1/2 Jahren, aufgefordert, in die preussische Koalition einzutreten. Er stellte der Volkspartei das Handelsministerium mit einem Minister ohne Portefeuille in Aussicht. Die Volkspartei hat diesen Vorschlag seiner Zeit als ungenügend zurückgewiesen, ist aber inzwischen wohl zu der Einsicht gekommen, daß nötigenfalls die Weimarer Koalition bis zum Ende des gegen-

wärtigen Landtags auch ohne sie regieren wird, und viel mehr als ihr Ministerpräsident Braun angeboten hat, gegenwärtig nicht zu erlangen ist.

Wir haben jedenfalls Grund zu der Annahme, daß die Volkspartei dem früheren Angebot der Regierung jetzt freundlicher gegenübersteht. Darauf sind u. a. auch bis jetzt noch nicht abgeschlossen und insbesondere mit der demokratischen Fraktion geführte Verhandlungen zurückzuführen, ob der Volkspartei das alte Angebot nochmals offiziell gemacht werden soll. Doch sind damit weitere Personalveränderungen verbunden, welche die Verhandlungen erschweren.

Die Demokraten müßten bei einer Erweiterung den Posten des Handelsministers Schreiber, für den der Volksparteiler Leidig genannt wird und des Unterrichtsministers Becker, für den Abg. Gen. König-Potsdam präferiert würde, abtreten, wogegen die Demokraten sonstige Kompensationen verlangen.

KPD und Illegalität

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Kommunistische Partei bestreitet nach wie vor, daß sie eifrig dabei ist, sich auf die illegale Tätigkeit einzustellen, und ihr ein Verbot sogar willkommen wäre. Sie bestreitet das, obwohl nichts leichter als das Gegenteil bewiesen werden kann. Im Jahre 1929 hat die Kommunistische Partei z. B. in einem Rundschreiben an die Unterorganisationen darauf hingewiesen, daß es darauf ankomme, die Partei auch für Zeiten illegaler Betätigung vorzubereiten.

Zur Vorbereitung der illegalen Arbeit hat die Kommunistische Partei schon im Jahre 1929 Richtlinien aufgestellt und ihre Unterorganisationen angewiesen, die Funktionärsauswahl folgendermaßen vorzunehmen: Funktionen sollen nur den Mitgliedern gegeben werden, die sich als Parteigenossen bei der Kleinarbeit bewährt haben. Leitende politische Funktionen sollen abhängig vom Parteiamt und einwandfreier Funktionärorganisationsfähigkeit sein. Illegale verantwortliche Funktionen dürfen nur ausgeübt werden von Mitgliedern, die mindestens 5 Jahre in der Partei sind, die den Nachweis zur Ausübung der Funktion erbringen, über illegale Schulung verfügen, und politische Erfahrung besitzen. Auf die Schulung soll besonderer Wert gelegt werden. Sie bestreite darin, daß die Partei lernt, im Geheimen zu arbeiten, ohne sich dem Gegner gegenüber eine Blöße zu geben, dabei aber enge Fühlung mit den Massen behält und

aktiv bewaffnete Aufstände vorbereite. Militärische Schulung sei notwendig. Die Vorbereitung für die Illegalität und illegale Arbeit müsse schon in den legalen Perioden geleistet werden. Dazu gehöre die Instruktion der Funktionäre über ihr persönliches Verhalten, über die Vorbereitung illegaler Quartiere, Büros, Verbindungen usw. Während der Legalität muß die gesamte Partei mit der Notwendigkeit der illegalen Arbeit vertraut gemacht werden, damit bei Verhinderung illegaler Arbeiten eine Reihe bestimmter Verhaltensmaßnahmen beobachtet werden können.

Auch auf dem Reichsparteitag der KPD im Juni 1929 war die Vorbereitung auf die Illegalität im engeren Führerkreis Gegenstand der Erörterungen. Die in den unter reformistischen Führung stehenden Organisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, sporadische Organisationen, Freidenker usw.) befindlichen Kommunisten müßten organisatorisch zusammengefaßt werden, damit für den Fall der Illegalität die Verbindung innerhalb einer solchen Organisation nicht abreiße.

Das Hauptgewicht wird für den Fall des Verjagens der kommunistischen Partei — nach dem uns vorliegende Rundschreiben der KPD — auf die Arbeit in den

Betrieben und Straßenzellen gelegt. In den Straßenzellen sind die Mitglieder der kommunistischen Partei zusammenzufassen, die in keinem Betrieb arbeiten. Diese Auslässe aus Rundschreiben der KPD können wir auf Wunsch beliebig vermehren, ein Zeichen, daß man trotz aller Zensurarbeit der KPD über die Ziele und Absichten der kommunistischen Partei nach wie vor genau informiert werden kann, und viele Stellenbauer es mit den vertraulichen Rundschreiben ihrer Befehlshaber in Berlin nicht so genau nehmen.

Andererseits aber seien die Rundschreiben durchweg, daß die Kommunisten nicht nur mit einem Verbot rechnen, sondern selbst in der Illegalität ihre Zukunft sehen.

Deshalb die Sehnsucht nach einem Verbot der eigenen Partei und des halb wiederum das Toben der kommunistischen Presse und die verbrecherische Taktik der KPD. Deshalb auch die Verjagung, abnungslose Arbeiter mit der Polizei in Konflikt zu bringen — um ein Verbot zu erreichen, dem dann das illegale Dasein folgen soll.

Hamburgs Sicherung gegen kommunistische Tumultpolitik

Die Hamburger Polizei hat für die Zeit vom 31. Januar bis 2. Februar alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Die Kommunisten — Wasserfronte — beabsichtigen am 1. Februar Erwerbslosen-Demonstrationen durchzuführen, die sich auf einige Orte der Provinz Schleswig-Holstein und der Provinz Hannover nach Hamburg bewegen sollen. In Flugblättern wird diese Aktion als „Hungermarich“ bezeichnet.

Nach Verlautbarungen der Hamburger Polizeibehörde hat diese ganze Aktion nur den Zweck, die kommunistische Propaganda zu fördern und ungelieblichen Zielen zu dienen. Im Hinblick auf die allgemein bekannten Vorgänge in Berlin, Frankfurt a. M., Leipzig, Chemnitz usw. ist anzunehmen, daß es die Absicht der kommunistischen Leitung ist, es auch in Hamburg zu Störungen kommen zu lassen. Aus diesem Grunde hat sich die Hamburger Polizeibehörde zu dem Verbot entschlossen.

Der Krämer

Erzählung aus dem Madrider Volksleben von José Francés IV.

Nach vor dem Februar begriff Rodolfo Clavel, daß er jemand brauchte, der ihm bei der Abfertigung der Kunden half.

Die Verkäufe mehrten sich. Die Rechnungen schwollen immer mehr an, einmal wegen der Großzügigkeit des Kaufmanns und dann wegen der bescheldenen Mittel der Kunden. Nach Ladenschluß mußte Rodolfo Clavel noch viele Stunden fasten; dann rollte er Leinwand zusammen, sortierte die durcheinandergeworfenen Sachen wieder, brachte Ordnung in die Kästen und Kästen und stellte arithmetische Berechnungen an, bis ihm der Kopf schmerzte.

Durch die Rufen der Tür und der Schaufenster drangen schwache Lichtstrahlen, bis der Morgen graute. Und die Pfadfinderinnen beugten sich herab, um hineinzuleben; sie meinten nämlich, Rodolfo Clavel gäbe sich dichterischen oder ländlichen Genüssen hin.

Lange Zeit dachte er darüber nach, wen er wohl als Angestellten nehmen könnte. Er ließ sich Namen durch den Kopf gehen, überlegte sich die etwaigen Vor- und Nachteile und besuchte manchmal abends den Madrider Kaufmännischen Verein, um sein Gedächtnis aufzufrischen und um ohne Furcht vor einem Mißgriff auszuwählen zu können.

Obwohl er gelocktes Haar und die Augen einer wollüstigen Ddalliste hatte, ging ihm doch der gesunde Menschenverstand nicht ab, und er war sich darüber klar, daß er keinen Konkurrenten brauchte. Was ihm nottat, war ein ernst, energischer Mensch, der sich nicht durch das Drängen und die Schmeicheleien der Frauen herumkriegen ließ; einer, der den beiden dunkelnden Soldaten Kopfdeck verhoffte, die vom Mittelmeer zum Lebens herabbaumelten und die Aufschrift trugen: Feste Preise... Verkauf nur gegen bar.

Schließlich fand er ihn. In der Bücherei des Vereins, wo er ganz in sich verfunken eine katholische Zeitung las. Das schien ihm eine Blüsigkeit für seinen moralischen Lebenswandel.

Es war ein alter, schlecht gekleideter, unausgeglichener Mann, der Schreden der Lehrlinge und der faulen Verkäuferinnen. Er duldete keine Klatschereien und besaß eine fabelhafte Fähigkeit im Redieren. Ueberdies war er einäugig.

Was geht in der Marine vor?

Entlassungen wegen „staatsfeindlicher Umtriebe“

Dem Vorwärts wird aus Kiel geschrieben: Anfang Juli 1929 sind fünf Angehörige der Reichsmarine freigeschickelt worden. Es handelt sich dabei um zwei Obermatrosen, zwei Obermaat und einen Feldwebel. Die Entlassung wurde durch den Kommandanten reiferweise den Kommandanten ausgesprochen. Be r i c h t e t waren die Entlassungen durch den Chef der Marineleitung, Admiral Roeder. Als Entlassungsgrund wurde zunächst nur „Unwürdigkeit“ angegeben.

Auf den sofortigen Einspruch der Entlassenen entschied das Reichsministerium, daß die Entlassung zu Recht erfolgt sei. Als Entlassungsgrund wurde nun ergänzt mitgeteilt, daß das unwürdige Verhalten in dem Verzeß erblich wurde, den die Entlassenen mit staatsfeindlichen Elementen gepflogen haben sollen. Die Entlassung der fünf Matrosen und Unteroffiziere erfolgte dann auch prompt am 26. September 1929.

ohne Angabe weiterer Gründe und ohne daß einer der Angeforderten persönlich vernommen oder daß sie denjenigen gegenübergestellt worden wären, mit denen sie im „staatsfeindlichen Verzeß“ gestanden haben sollten. Die Entlassung der Marineangehörigen, die zum Teil kurz vor der Vollendung ihrer zwölfsährigen Dienstzeit

standen, und die alle tadellose Zeugnisse über ihre langjährige Dienstzeit vorweisen können, erfolgte ohne jede Abfindung. Die Entlassenen sind gewonnene Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Alle haben gegen den Reichswehrtribunal die Klage eingereicht. Eine Ausnahme macht nur der Obermatrose Sontowski, der Kiel inzwischen verlassen hat und irgendwo in Mitteldeutschland arbeitet.

Für die Durchführung der Klage ist allen Entlassenen sofort das Armenrecht zugesprochen worden. Die Klagen werden in nächster Zeit vor dem Kieler Landgericht verhandelt.

In der Klage des Feldwebels hat das Gericht Beweismittel erlassen. Der Feldwebel soll, wie nach Klageeinreichung endlich bekannt geworden ist, in einem „ausgesprochenen Kommunistenlokal“ händiger Gast gewesen sein. Tatsächlich ist er nie in diesem Lokal gewesen und außerdem

verkehren in diesem, von einem sozialdemokratischen Wirt geleiteten Lokal keine Kommunisten.

Als zweites wird dem Feldwebel vorgeworfen, daß der Obermatrose Sontowski ständig bei ihm in der Wohnung verkehrt habe. Soll. Tatsächlich aber war Sontowski niemals da und es hat überhaupt kein Verkehr zwischen ihnen bestanden. Sontowski wird Verbindung mit der Roten Marine vorgeworfen.

Sehr bezeichnend ist übrigens, daß die Entlassenen sich untereinander vor der Entlassung überhaupt nicht gekannt haben.

In einem Vorprozeß bezeichnete Justizrat Kees, der den Feldwebel vertritt, das Vorgehen der Marineleitung als „buntes Büchlein“. Als der Rechtsbeistand der Marine vom Vorhaben die Klage dieses Ausdrucks verlangte, kam der Vorprozeß dem nach, trotzdem der Justizrat seine Meinung voll aufrecht hielt. Der Vorprozeß fragte aber den Marineanwalt, wo die Beweise der Marine wären. Der Rechtsanwalt mußte zugeben, daß es keine Marine nicht möglich sei, andere Beweise herbeizuführen. Er erklärte auch, daß die Marine ihre Vertrauensmänner nicht befragen könne.

Ebenso wie der Fall des Feldwebels liegen auch die anderen Fälle. Die Marine verweist in allen Klagen auf ein allgemeines Stimmungsbild über die in Kiel ermittelten Vorgänge bezüglich der kommunistischen Bewegung in der Reichsmarine. Dieses Stimmungsbild ist ein sehr deutliches

Ansatzpunkt der Marineleitung. Irigendwelche positiven Angaben über Beziehungen der Angeforderten oder anderer Marineangehöriger findet man nicht darin. In eingeweihten Marinekreisen wird über die Methode der Marineleitung nur der Kopf geschüttelt.

Aus Kreisen des Reichswehrministeriums wird hierzu gemeldet, daß es sich hier um den schon vor etwa 3 Wochen bekannt gewordenen Fall handle. Wenn auch die Kommunisten in allen Reichswehrorganisationen verjagt, namentlich durch Verbreitung von Flugblättern in den Kasernen Einfluß auf die Reichswehr zu gewinnen, so haben sie bisher damit außer in diesem einen Fall in der Reichsmarine keinen Erfolg gehabt. Vielmehr sind die Flugblätter sämtlich den militärischen Vorgesetzten ausgehändigt worden.

Kommunistische Jugendaufklärung



„Was brauchst du Bücher? Dies hier sind Deine Waffen!“

Schiffbruch des Monte Cervantes

Wie über Buenos Aires hierher gemeldet wird, ist das deutsche Schiff „Monte Cervantes“, eines der bekannten Passagiermotorschiffe der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, in der Magellanstraße auf einen Felsen aufgelaufen. 20 Passagiere, darunter etwa 400 Erholungsgäste, konnten wohlbehalten an Land gebracht werden.

Die Beschädigung an der festgelegenen „Monte Cervantes“ ist so schwer, daß man mit einem Verlust des Schiffes rechnet. Die Passagiere wurden in Ohuaca gelandet. Es wurde nach Santa Magdalena telegraphiert, damit ein Dampfer die Passagiere und die Wertsachen, deren Zahl sich zusammen auf nahezu 1500 Köpfe beläuft, nach Santa Arenas hole, wo ausreichende Unterkunft in Hotels vorhanden ist. In Ohuaca mußten die Passagiere in Kirchen und Schulen untergebracht werden.

Erdbeben im Lahngebiet

Frankfurt a. M., 23. Jan. Im Lahngebiet ist gestern abend gegen 10 Uhr ein Erdbeben verspürt worden, das von einem donnerartigen Rollen begleitet war. Aus verschiedenen Lokorten wird berichtet, daß in den Wohnungen der Fußboden und die Wände bebden anfangen und daß die Bewohner von einem Lärm, dem dem beim Vorüberfahren schwerer Lastautos auf der Straße, dem ersten Schlaf geweckt, aus den Betten liefen. Die Ursache des Bebens, das in nordöstlicher Richtung verlief, soll in der Gegend von Gebirge zu suchen sein. Auf dem Taunusobservatorium hat ein Seismograph das Erdbeben so minimal verzeichnet, daß der Schlag auf dem Streifen kaum sichtbar war. Dagegen verzeichnet ein Seismograph auf dem Königstuhl bei Heidelberg um 9.04 Uhr einen Ausschlag von einem Millimeter.

Rodolfo befolgte ihren Rat. Er ärgerte drei, vier Tage, bevor er sich entschloß. Dann wartete er bis zum Ende des Monats, um den Gehalt nicht zum Fenster hinauszuerwerfen. Und eines Abends um 11 Uhr, als alles im Laden schon in Ordnung war und der Anschlag mit seinem Mantel kämpfte (der war ihm nämlich etwas zu eng geworden, weil er schon ein bißchen besser ab), begann er zu meckern:

„Ich habe Ihnen etwas Schmerzlicheres zu sagen.“

Der einäugige Angestellte leuchtete:

„Ich kann mir's denken. Sie schmeißen mich raus, nicht wahr?“

Rodolfo entschuldigte sich damit, daß das Geschäft schlecht läuft und daß die Unkosten für eine Dille, die ihm doch nichts nützte, nicht dabei herauskämen, und er wandte betäubt den Kopf ab, während er ihm mit einigen höflichen Worten abspießte, wie: „Ich sehe, daß der keine anderen Ausweg...“

„Der liebe Gott verläßt die Armen nicht...“

„Wie gern würde ich Sie behalten, wenn es nur irgend anginge.“

Er dachte daran, daß der alte Angestellte sechs Kinder hatte, eine frange Frau und nicht so leicht eine andere Stellung finden würde.

Er fügte fünfzig Peineten zu dem fälligen Monatsgehalt hinzu und sah, daß das Glasauge plötzlich Leben zu gewinnen schien. „Was das? Er sah genau hin: Tränen.“

Wie eine Sausenkar in den Garten, aus dem man soeben die Bogelheude forgenommen hat, so lehrte die frühere Kundin, haktreicher als einst zurück.

Was sah die Gewatterinnen wieder im Kreise beistimmend und hörte wieder das heitere, nichtsagende Geschwätz der Kundin und der Verkäuferinnen und die armen Frauen beannten, während der zu teilhellen, die kleinen Diebstähle und die Rechnungen während der Arbeit hinter verschlossenen Türen an den langen, wachen Stunden, wenn er vor Abgabepflicht, Schlaf und Einkamkeit fast umfiel.

Was machte es aus! Der Ruf der „Orangenblüte“ hatte den Wert wieder erobert. Manchmal kam sogar eine Dame aus dem Zentrum her, die von ihrer Freundin oder dem Bekannten über Rodolfo erfahren hatte, daß es dort sehr aus dem Waren gab.

Und eines Tages erdröhte die Straße unter der Last eines Automobils, und aus ihm stieg eine Dame, ein Mittelstückerin, Coupletängerin und Kolofte, die einen neuen Duft in den Laden brachte und die Bewunderung der klüftenden Frauen erregte. Sie verlangte Seidenstrümpfe in einer Preisfrage, die es dort nicht gab. Rodolfo Clavel jedoch befriedigte sie, indem er ihr andere, einfarbige zu eben jenem Preise vorlegte.

(Fortsetzung folgt.)

Reichstagsfraktionen und Haag

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Donnerstag abend eine Sitzung abgehalten, in der Reichswirtschaftsminister Schmidt einen Bericht über die Verhandlungen im Haag erstattete.

Die U.S.J. vor dem Bayerischen Großen Rat
Bayer, 23. Jan. Im Großen Rat des Kantons Basel-Stadt erhaltete Regierungsrat Meißner Bericht über seine Verhandlungen über die Wiederherstellung der Internationalen Zahlungsbank.

Erwerbslosen-Demonstration in München

München, 23. Jan. Im Anschluss an eine Erwerbslosenversammlung, in der ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter und ein kommunistischer Stadtrat über Erwerbslosenfragen gesprochen hatten, verließen heute nachmittags gegen 4 1/2 Uhr etwa 1000 arbeitslose Versammlungsteilnehmer einen Demonstrationszug zu bilden.

Der zweideutige Schacht

Von zuständigen Stellen werden jetzt Einzelheiten über den Verlauf der Haager Konferenz mitgeteilt. Sie stellen vor allem die Rolle Schachts in ein ganz eigenartliches Licht.

Dr. Schacht in Kopenhagen

Kopenhagen, 23. Jan. Der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist hier eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von dem Kaufmann und früheren Bankdirektor Emil Berk begrüßt.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger

In der Arbeitslosenversicherung lag nach den Vorermittlungen der Landesarbeitsämter am 15. Januar dicht an 2,050 Millionen. Damit ist ungefähr der Stand des Vorjahres erreicht.

Thüringens Herostratentum

Nationalsozialist Frick als Innenminister gewählt

Eine „Selbsteinstellung“ der Deutschen Volkspartei

Weimar, 23. Jan. (Via Draht.) Der thüringische Landtag machte am Donnerstag mit 28 Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und des Landbundes, gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten den nationalsozialistischen Frick zum Innenminister.

Vor der Wahl unternahm der Führer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Abg. Fröblich nochmals einen Vorstoß gegen die Kandidatur des Frick.

Württemberg Austritt



Der eine fragt: Was kommt danach? Der andre fragt nur: Ist es recht? Und also unterzeichnet! Der Freie von dem Knecht! Stern

Württembergs Demokraten und Bazille

Im Anschluss an eine Darstellung des Einflusses der württembergischen Demokraten der Regierung Basille beizutreten, am der Feder ihres Stützpfeilers Mitarbeiter, hat die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ hierzu folgende, den Reichsabmachern der Demokraten schärf kritischer Bemerkung:

Wirtschaftspartei und Volkspartei hätten sich mit dem Reichspräsidenten Frick gebunden, obwohl die Deutsche Volkspartei wisse, dass dieser Mann schon einmal seinen Eid gebrochen habe und obwohl ihr bekannt sei, dass Frick sich im Reichstag nicht nur als Schützer der Fememörder, sondern auch als Verleumder des Reichsaussenministers Dr. Stresemann gezeigt habe.

Im Verlauf dieser Ausführungen des Genossen Fröblich verlieb der Volksparteiliche Abg. Kautel, der sich von Anfang an gegen eine Regierungsgemeinschaft mit den Nationalsozialisten gewandt hat, in höchster Erregung den Saal.

Die Nationalsozialisten gebärdeten sich gegenüber Fröblich wie die Wilden.

Auf die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Fröblich antwortete der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, dass er die Erklärungen Fricks über den Reichsaussenminister Dr. Stresemann für eine bedauerliche Entlassung halte.

keinen Zweifel daran lassen, dass wir diesen Beschluss, der ja selbst in der demokratischen Vertreterversammlung von fast der Hälfte der Teilnehmer mitbilligt worden ist, für höchst unzulässig und verfehlt halten.

„Zu unserem aufrichtigen Bedauern nötigen uns die Vorgänge der letzten Tage, hiermit unseren Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei Württemberg anzumelden.“

Wir müssen austreten, weil uns unsere demokratische Ueberzeugung und Vergangenheit nicht gestattet, den Eintritt der Partei in eine Regierung wie die gegenwärtige württembergische mit zu verantworten, die wir bisher nur als grundsätzlichen, teilweise höchst gebührenden Gegner aller demokratischen Bestrebungen gefannt haben.

Wir können nicht mehr in der Partei bleiben, weil wir in die gegenwärtige in der Partei führenden Kräfte das Vertrauen verloren haben angesichts der überstürzten, rücksichtslosen und der Offenheit entbehrenden Art, mit der sie in den letzten Tagen die gänzlich unvorbereitete Partei vor eine lebenswichtige Entscheidung gestellt haben.“

„Nicht mit Unrecht meint die „Frankfurter Zeitung“ dazu: „Wenn ein Mann im 83. Lebensjahre Worte wie die seines jetzigen Briefes sich entnimmt, dann müssen diese Worte wie schwere Glocken der Warnung an das Obr seiner demokratischen Gesinnungsgenossen dringen.“

Schlange-Schöningen verläßt die Deutschnationalen

Der deutschnationale Abg. Schlange-Schöningen ist nunmehr auch aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten. Er hat damit zugleich auf die Aufforderung seines sommerlichen Landesverbandes, in die deutschnationale Reichstagsfraktion schleunigst zurückzutreten, eine Antwort erteilt.

Advertisement for fruit and cakes: 'Eßt mehr Früchte!! Nützen Sie die billigen Preise! Orangen, Äpfel, Erdnüsse, Bananen Pfannkuch 50'. Includes a logo with a 'P' in a circle.

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Gabriel Mady Christians — Ernst Deutsch und das Berliner Ensemble: „Sazard“ von Henri Bernheim

Der Menschheit ganzer Jammer konnte einen anfließen, wenn man die Schlangenzähne der Autos sah, die die Mittelglieder der oberen Schicht und finanziell hochstehendes Theaterpublikum, das ein Theater wohl zu finanzieren vermöchte, wenn... ja wenn! Wenn ein literarischer Gedicht nicht so hoffnungslos inoffiziell, blasser und entartet wäre.

Die Reigen können zu ihrer Entschädigung nicht anführen, ihnen hätte die hohe Kunst nichts mehr zu sagen, sie hätten sie auf der Bühne bis zum Ueberdruß gehabt.

Und damit wäre dieser sensationelle Theaterabend eigentlich genügend stimmungsvoll. Das Stück „Sazard“ ist ein ausgelassener Schmarren, ein Schauerbild von einem Spieler, der sich am Schluss selbst umbringt, weil er die verlorenen 500 000 Franken nicht bekommen kann.

Wie durch dieses Milieu des defizienten Spielers überhaupt nicht gefordert werden können. Schlimm ist auch, daß man die Liebe der Characoz nicht befreit. Er hat doch so gar nichts Nettes, Liebendes, was er sich, er läßt gar nichts erkennen, wodurch er sich die Liebe vieler reizenden Frau verdient hätte.

„Von den Darstellern machte Ernst Deutsch den tiefsten Eindruck. Er füllte diesen unheimlichen Charakter mit der ganzen Dämonie des Spielers und Verneinenden, der immer unter dem inneren Zwang zur Selbstüberwindung, zur Haltung steht und sein unheimliches Spiel konsequent durchführt bis zum Ende, dem er unheimlich ins Auge sieht.“

Konzerte

Dritter Kammermusikabend. Dresdener Streichquartett.

Die Dresdener Quartettisten spielen Schubert mit warmer inniger Fassung. Sie betonen absichtlich nicht eine allzu starke patriotische Wiedergebade, sie wollen mehr dem gefühlvollen Schubert das Wort reden. Das ist ihnen auch gegliedert. Sie musizierten auf einem Satz von Instrumenten, der aus ein und derselben Werkstatt in Dresden kommt. Es ist dem Geigenbauer gegliedert, allen vier Instrumenten den gleichen Klangcharakter zu geben.

Das Selbstbildnis-Preisanschreiben. Das vom badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts erlassene Preisanschreiben zur Schaffung eines Selbstbildnisses hat unter der badischen Künstlerkraft überaus starken Widerhall gefunden. Soweit sich bis heute überblicken läßt, — der letzte Termin der Einlieferung war der 15. Januar — haben sich ca. 300 Künstler mit insgesamt etwa 400 Werken beteiligt.

Kammermusikwerke, die die meisten Arbeiter von Regier. Mit einer Verständigungsprobe kann es allerdings nicht geschaft werden.

Über auch auf dem Gebiete der Kammermusik sollte Neuland betreten werden. Diese Aufgabe müssen sich unsere berühmten Quartettvereinigungen, zu denen die Dresdener zu rechnen ist, unbedingt stellen.

Wieder- und Arienabend Dr. Fritz Lang. Dr. Fritz Lang hatte für seinen Wieder- und Arienabend, der im dicht belekten Eintrachtsaal stattfand, ein Programm internationalen Charakters gewählt.

Die Aufführung gelangte Meesterling-Debusius, Puccini und Villand, die führende Oper des französischen Impressionismus. Den Gästen wurde vom Publikum, unter dem sich auch zahlreiche führende Persönlichkeiten heider Länder befanden, reicher Beifall gespendet.

Kündigungen am Freiburger Stadttheater. Auch das Freiburger Stadttheater hat eine Reihe von Verträgen, die in diesem Jahre ablaufen, nicht wieder erneuert, in anderen Fällen die Verträge nur erneuert nach Gegenreduktion, und wo Kündigungen ausgesprochen werden mußten, gekündigt. In welchem Umfange die Einsparungen stattfinden werden, ist zurzeit noch nicht bekannt.

Das Selbstbildnis-Preisanschreiben. Das vom badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts erlassene Preisanschreiben zur Schaffung eines Selbstbildnisses hat unter der badischen Künstlerkraft überaus starken Widerhall gefunden. Soweit sich bis heute überblicken läßt, — der letzte Termin der Einlieferung war der 15. Januar — haben sich ca. 300 Künstler mit insgesamt etwa 400 Werken beteiligt. Die Arbeit der Jury wird demnächst beginnen; die Ausstellung findet ab 15. Februar im Kunstverein statt.

Staatsbürgerschaft für Landwirtschaftsbank

Die Straußwirtschaften — Denkschrift über die Bürgerschaft für die Bauernbank — Einlegung eines Untersuchungsausschusses — Bewilligung der Bürgerschaft — Kleinliche Opposition — Beginn der Voranschlagsberatung — Der Etat des Landtags — Der Etat des Rechnungshofes

Mit der Uebernahme der Ausfallbürgerschaft in Höhe von 900 000 M für die neue Badische Einheitsgenossenschaftsbank durch den badischen Staat ist nun der Schlüssel unter das große Vereinstischungsnetz des badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens gesetzt. Der Landtag und die Regierung befanden sich allerdings in einer gewissen Zwangslage, denn die Uebernahme der Bürgerschaft in der genannten Höhe war Bedingung der Weiterführung des Sanierungswerkes durch die anderen Instanzen, wie der Reichsregierung, der Rentenbankkreditanstalt und der Preuß. Zentralgenossenschaftskasse. Dennoch aber hat der Landtag dem Gesetze seine Zustimmung gegeben. Die Uebernahme der Bürgerschaft, die Durchführung der Sanierung und der Weiterbau der Verschmelzung kann zwar noch manche Ueberraschung und Zwischenfälle bringen. Im Ganzen aber darf erwartet werden, nachdem nun der politische und wirtschaftliche Konkurrenzkampf aus dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen beseitigt, und in eine Einheitsorganisation in der badischen Landwirtschaft bald völlig überstanden sein werden, und der durch die bedauerlichen Vorkommnisse schwer getroffene Genossenschaftsbau in badischen Bauern neu Wurzel schlägt und der Solidaritätsgedanke immer weiter um sich greift.

Die Sozialdemokratie hatte keinen Anlaß, das Gesetz abzulehnen. Sie ist die erste Vereinstochter der Genossenschaftsidee, wie in der Arbeiterkassen, so auch in den anderen Berufsständen. Es ist zwar fraglich, ob es auf der bürgerlichen Seite auch so zübig zugegangen wäre, wenn etwa eine große Arbeitergenossenschaft zusammengebrochen wäre und vom Staat Hilfe oder Bürgerschaft verlangt würde. Man darf nur hoffen, daß baldigt sich auch die Bauernschaft daran gewöhnt, nicht immer im Staat die letzte Hilfe und Hoffnung zu erblicken, sondern endlich zur Erkenntnis kommt, daß Solidarität und Selbsthilfe erstes Erfordernis eines guten Genossenschafters ist. Die Bauern können sich da an der deutschen Arbeiterkassen ein gutes Vorbild nehmen.

Kleinlich, um nicht zu sagen kindisch, war auch bei dieser Frage wieder, wie wiederholt schon, die Haltung der Parteien, die nicht der Regierungskoalition angehören. In schönen, schwungvollen Worten begrüßten sie die Einheitsorganisation, äußerten sie ihre Freude darüber, daß nun endlich der politische Kampf aus dem Genossenschaftswesen verschwunden ist. Aber nun die Konsequenz aus dieser Haltung zu ziehen, dazu fehlte der Mut, fehlte das Fortschrittsbewußtsein. Mit allerhand Ausreden und Ausflüchten, mit den kadenzenreichsten Argumenten wurde zum Schluß jeder Rede verkündet, daß man doch noch diese und jene Bedenken habe, daß doch noch diese und jene Voraussetzung fehle, und daß man sich deshalb der Stimme enthalte! Demagogie und Heuchelei! Man sahe doch ehrlich: Weil es gegen den Parteistandpunkt geht, einem von der Regierung, an der man nicht beteiligt ist, vorzulegen Geheißentwurf auszuwählen, weil der Parteistandpunkt es nicht erlaubt, nach Verstand und Vernunft zu stimmen, wenn dadurch etwa Regierung und Regierungsparteien eine Anerkennung oder Billigung ihrer Arbeit erfahren, lehnt man lieber ab oder enthält sich der Stimme! Man weiß ja, angenommen wird das Gesetz doch, genehmigt wird die Bürgerschaft dennoch. Solche „Opposition“, wie sie zur Zeit besonders von den Demokraten und der liberalen Volkspartei geübt wird, kann wirklich nicht ernst genommen werden. Sie wirkt nur komisch und lächerlich.

h. w.

15. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 23. Januar.

Unter den Eingängen befindet sich ein Antrag des Abg. Kurr um Aufhebung seiner Immunität, weiter ein Antrag der Nationalsozialisten auf Aufhebung der Gefangenhaft in Berlin. Der Justizminister geht auf den Antrag um Ermächtigung der Strafverfolgung der öffentlichen Verleumdung des Landtags und Aufhebung der Immunität des Abg. Wagner und der Strafverfolgung des verantwortlichen Schriftleiters des „Büder“, Dr. Otto Wacker in Karlsruhe wegen Verleumdung des Landtags.

In einer kurzen Anfrage des Abg. Grohmann wird die Regierung gefragt, ob sie gewillt ist, die Erlaubnis für die Straußwirtschaften über den 1. Februar 1930 hinaus zu verlängern. Die Regierung erwidert, daß von einer allgemeinen Verlängerung der Erlaubnis der Straußwirtschaften abgesehen werde, die Bezirksämter könnten aber in Einzelfällen bei entsprechender Begründung den Ausschank selbstgebackenen Weines des Jahres 1929 über den 1. Februar 1930 hinaus um höchstens zwei Monate verlängern.

Ueber die Denkschrift des Ministers des Innern über die Bürgerschaft des badischen Staates als Erfordernis für die Verschmelzung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Baden sowie über den Geheißentwurf über eine

Bürgerschaft des Landes Baden für Darlehen an die Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser AG. in Tauberbischofsheim

erstattet Abg. Dr. Höhr Bericht. Der Haushaltsausschuß beantragt, die Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen und dem Geheißentwurf auszuwählen. Weiter beantragt der Haushaltsausschuß, einen Untersuchungsausschuß zur Untersuchung des Geschäftsbereichs der Badischen Bauernbank Freiburg und der Zentral-Bauern- und Abzweiggenossenschaft des Badischen Bauernvereins einzusetzen, der dem Landtag über das Ergebnis seiner Untersuchung, soweit es nicht vertraulich ist, Bericht erstattet. Bezüglich der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser AG. in Tauberbischofsheim wird beantragt, dem Geheißentwurf auszuwählen und die Regierung zu beauftragen, durch einen Vertrauensmann die Abwicklung der Geschäfte der landwirtschaftlichen Lagerhäuser AG. in Tauberbischofsheim zu überwachen und über das Ergebnis dem Landtag Bericht zu erstatten.

Die Kommunisten beantragen, einen Ausschuss zur Untersuchung einzusetzen, in dem alle Parteien des Landtags vertreten sind. Abg. Wack (Komm.) begründet den Antrag. Seine Gruppe lehne den Geheißentwurf ab.

Abg. Maier (Soz.):

Mit der strafrechtlichen Seite der Angelegenheit haben wir uns heute nicht zu befassen. Der Zusammenstoß der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist möglich, wenn die Fehler und Mängel der früheren Organisationen beseitigt werden. Dies bezieht die Bürgerschaft des Staates. Wir haben die Frage aufzuwerfen, ob nicht die Inanspruchnahme der Haftung möglicher wäre, so daß die Uebernahme der Bürgerschaft nicht nötig wäre. Wir haben festgestellt, daß der Solidaritätsgedanke bei der Landwirtschaft sehr schwach entwickelt ist. Wenn die badische Bauernschaft nicht zu einer besseren Solidaritätsidee erogen werden kann, dann bestehen für die Nationalisierung keine guten Aussichten. Niemand im Ausschuss hat irgend welches Mittel mit den Herren der Freiburger Organisation; was die Herren sich einbilden haben, sollen sie ausüben. Nachdem alle Instanzen erklärten, daß sie nun die alten Vorstände nicht als Vorwand nehmen, um eine Sanierung un-

möglich zu machen, konnte der Staat selbst nicht untätig bleiben. Wir können dem Ausschussantrag zu, lehnen aber den Vorlass ab, in dem verlangt wird, daß bei der Abwicklung der in die Staatsbürgerschaft einbezogenen genossenschaftlichen Debitoren größere Härten vermieden werden. Wir sind für restlose Klärung der Vorkommnisse, fraglich ist aber, ob es im Interesse der badischen Landwirtschaft zweckmäßig ist, alles in die Öffentlichkeit zu bringen. Bezüglich der Lagerhäuser in Tauberbischofsheim verlangen wir, daß die Abwicklung unter Aufsicht des Staates geschieht. Den Herrn Höhr will wohl niemand schmeicheln. Wir helfen nur, weil wir die kleinen Bauern nicht ruinieren wollen. Gerne stimmen wir nicht zu, nur, um die badische landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung und die kleinen Landwirte vor weiteren Schlägen zu schützen. (Bravo!) bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hilpert (Wirtsch. u. Bauernpt.) stimmt der Bürgerschaft zu. Bei den badischen Unternehmungen wäre es unanständig, wenn der Staat durch Uebernahme der Bürgerschaft das Fortwachsen weiter ermöglichen würde. Diesen Geheißentwurf lehne seine Fraktion ab. — Abg. Dr. Mattes (D. Volksp.) weist auf die bisherige Zerstückelung in landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen hin, deren Kosten nun das Land tragen soll. Man hat uns die Vorlage der nötigen Unterlagen verweigert. Die Deutsche Volkspartei enthält sich der Stimme, weil die nötigen Voraussetzungen fehlen. — Abg. Meier (Soz.) lehnt den Ausschussantrag ab, obwohl seine Partei grundsätzlich für den Zusammenstoß ist; seine Fraktion enthält sich der Stimme. — Abg. Bergmann (Soz. Volksp.), Abg. Hofmann (Dem.) äußern allerdings Bedenken und bringen kritische Bemerkungen vor, während Abg. Sed (Zit.) Vorwürfe gegen die Zentrumsfraktion zurückweist und sich für die Vorlagen einsetzt. Abg. Habermeist (D. Natl.) erklärt teils Stimmenthaltung, teils Ablehnung.

Minister des Innern Wittmann bedauert, daß verschiedene Redner zwar den Einheitsverband begrüßten, aber dennoch nicht sich zur Zustimmung zum Geheißentwurf entschließen konnten. Es besteht die Hoffnung, daß die Abwicklung ohne Schaden für den Staat vor sich gehen wird. Es sind genügend Sicherungen geschaffen. Selbst ein Defizit wäre nicht zu fürchten angesichts der Tatsache, daß die Vereinheitlichung des Genossenschaftswesens dadurch erreicht wird. Der Minister bittet, beiden Geheißentwürfen zuzustimmen. — Als Abg. Dr. Mattes (D. Sp.) gegenüber dem Minister den Vorwurf der Vertuschungspolitik macht, protestiert der Minister heftig gegen diesen Vorwurf, den der Präsident auch zurückweist.

Abg. Maier (Soz.)

bedauert, daß jetzt die Kassaarbeit auch in dieser Frage eingetreten ist. Wenn wir Haushalt nicht wollen, können wir uns freuen, daß es bei bürgerlichen Genossenschaften so ausgeht. Bei Arbeitergenossenschaften hätte es schwerer ausgehen müssen. Gegenüber einem Minister im Amt muß man bei einem Vorwurf entweder den Beweis der Wahrheit erbringen, man muß Anklage gegen ihn erheben, oder aber man ist still. Wenn wir jetzt nicht anständig wären, die wir infam als Feinde der Landwirtschaft verschrien waren, so könnten wir nun die Sache nicht über den Parteistreit stellen und die angeblichen Freunde der Landwirtschaft könnten heute nicht die Poje der Entsalzung üben. (Zustimmung.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird über die Anträge abgestimmt. Der Antrag, die Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen, wird angenommen. Die Bürgerschaft wird in namentlicher Abstimmung mit 53 gegen 3 Stimmen bei 18 Enthaltungen genehmigt. — Den weiteren Anträgen des Ausschusses wird ebenfalls ausgenimmt. Bei einer Abstimmung gibt die Stimme des Präsidenten bei Stimmengleichheit den Ausschlag zugunsten des Antrags. — Auch der Geheißentwurf betr. die Lagerhäuser in Tauberbischofsheim wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Staatsvoranschlags. Ueber Hauptabteilung I,

Landtag,

erstattet Abg. Reinhold Bericht. — Zu dem Titel liegen auch zwei Anträge der Kommunisten und der Nationalsozialisten vor. — Abg. Ewald (Soz. Volksp.) bespricht sich darüber, daß die kleinen Gruppen nicht in den Ausschüssen vertreten sind. — Abg. Köhler (Nat. Soz.) verliest eine Erklärung, in der „im Interesse des Volkes jedes Mittel für das Parlament“ abgelehnt wird. — Abg. Böning (Komm.) lehnt den Voranschlag des Landtags ab, weil der Landtag, ein Instrument der bürgerlichen Klassen sei! Wohl nirgends werde das Wohl des Volkes so mit Füßen getreten, wie hier im Landtag! Alle Gesetze, die hier beschlossen würden, seien reaktionär und gegen die Interessen der Arbeiter und Bauern gerichtet. Im weiteren schimpft der Redner auf die Sozialdemokratie. — Bei der Abstimmung wird auf Antrag der Sozialdemokratie die Position „Aufsichtsbefugigung der Landtagsabgeordneten“ um 34 000 M. gekürzt. Alle weiteren Positionen werden genehmigt. — Die Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten werden abgelehnt.

Ueber den Voranschlag des Rechnungshofes

erstattet Abg. v. Au Bericht. Der Etat wurde ohne Aussprache genehmigt. — Um 1/8 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf Freitag vormittags 11 Uhr anberaumt.

Der badische Staatsvoranschlag

Das Innenministerium

Die Landesarbeitsanstalt beantragt im ordentlichen Haushalt jährlich 200 700 M., denen 78 700 M. Jahreserlöse gegenüberstehen; Mehrausgaben somit 122 000 M. Die Anstalt beschäftigt 20 planmäßige und 3 außerplanmäßige Beamte.

Soziale Versicherungsamt. Das Landesversicherungsamt beantragt 7750 M., weniger 2650 M. aus dem bisherigen. Oberverwaltungsamt, Verwaltungsgerichte, Angestelltenversicherung (Spruchhörsachen), Arbeitslosenversicherung (Spruchkammer) insgesamt 454 540 M. Familienwohnhilfe 849 410 M., mehr 49 410 M. Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft 6300 M. Insgesamt betragen die Ausgaben für das Versicherungsamt 1 318 000 M., denen 978 200 M. Einnahmen gegenüberstehen. Mehrausgabe somit 339 800 M.

Wohlfahrtspflege. Die Ausgaben im ordentlichen Haushalt betragen sich auf 17 604 500 M., die Einnahmen 10 210 100 M., Mehrausgaben 7 394 400 M. Im außerordentlichen Haushalt werden 225 000 M. angesetzt. Im einzelnen verteilen sich die Aufwendungen: Für den Aufwands des Landes 6 Millionen Mark; Zuwendungen an Familien anlässlich der Geburt des lebenden Kindes 80 000 M., Zunahme 20 000 M., Zulagen des Reichs für Kriegsbeldadante und Kriegsbinterlebende 9 600 000 M., ein Mehr gegen bisher von 600 000 M.; der Verwaltungsaufwand hierzu beträgt 127 600 M. Der Caritasverband Freiburg erhält 8000, die Innere Mission 8000 M., die israelitische Wohlfahrtsvereinigungen 1500 M., der Badische Frauenverein und das Mutterhaus der Schwestern 28 000 M., die Arbeiterwohlfahrt 5000 M., Bekämpfung der Tuberkulose 19 000 M., Förderung der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge 22 500 M., Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 18 500 M., Bekämpfung des Alkoholismus 35 100 M., darunter ein Reichszuschuß von 21 500 M., Förderung der sozialen Hygiene 3800 M., Förderung der Krüppelfürsorge 10 000 M., Förderung der Blindenfürsorge 10 000 M., der Taubstummenfürsorge 10 000 M., Beihilfen an Reichsmitteln an ehemalige Kriegsteilnehmer 430 600 M., hier ist eine Verminderung von 275 000 M. vorgesehen. Außerdem findet sich im

außerordentlichen Haushalt nochmals eine Anzahl Zuwendungen an soziale Einrichtungen, so u. a. zur Tuberkulosebekämpfung 20 000 M., Badischen Krüppelfürsorgeverein 20 000 M., Badischen Blindenverein 20 000 M., Verein für badische Taubstumme 20 000 M., Bekämpfung des Krebses 6000 M. In der Anmerkung wird festgestellt, daß die Zahl der Todesfälle in Baden in den letzten Jahren die Zahl der Tuberkulosefälle erheblich übersteigt.

Seils- und Pflegenstellen. Zahl der Beamten 656 (bisher 650) planmäßige und 94 (92) außerplanmäßige, Aufwand 27 299 950 M. Bezahlung und Löhne der hiesigen nichtbeamteten Hilfskräfte 1 760 100 M. (+ 137 486 M. gegenüber bisher), darunter sind 158 230 M. Sozialversicherungsbeiträge, Gesamtaufwand im ordentlichen Haushalt 7 347 600 M. Ausgaben, 5 868 500 M. Einnahmen, Zuschuß 1 479 100 M. Im außerordentlichen Haushalt werden 300 000 M. für die Erneuerung der Dampfmaschinen in der Werkstatt Emmendingen und 82 000 M. für die Fertigstellung des Kranenbauwerkes in der Anstalt bei Konstanz angesetzt.

Badanstellen. Die Badanstellungsverwaltung Baden-Baden verurteilt einen Kostenaufwand von 840 000 M., dem Einnahmen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Die Badanstellungsverwaltung Badenweiler mit 140 600 M. Ausgaben und 67 000 M. Einnahmen anseinerseits die Mehrausgaben in Höhe von 73 600 M. sind in der Haushaltsrechnung durch die Unterhaltung der Wege und Anlagen bedingt. Badenweiler soll durch die Badenweiler mit 100 000 M. Ausgaben und ebensoviele Einnahmen, insgesamt betragen für die Badanstellen die Ausgaben im ordentlichen Haushalt 1 080 600 M., die Einnahmen 1 007 000 M. Im außerordentlichen Haushalt werden für den Neubau eines Kantinenbaus für die Badenweiler in Baden-Baden, 45 000 M., für Einrichtung von Einzelbüchern in der bisherigen Kantinenabteilung des Friedrichshofes 60 000 M., und als Beitrag des Landes an dem Aufwand für die Erweiterung des Landesjagdreviers Dürheim 100 000 M. angesetzt.

Die Landesfrauenklinik verzeichnet an Ausgaben im ordentlichen Haushalt 391 300 M., im außerordentlichen Haushalt 8500 M., an Einnahmen 318 100 M., Mehrausgaben 73 200 M.

Gewerbeamt und Arbeitsrecht. Gewerbeamt 241 500 M., Vergütung: 13 100 M., Rechtsanwaltschaft 10 000 M., Staatsbeiträge an gemeinnützige Rechtsanwaltschaften und Arbeiterkassen 10 000 M., Schlichtungsstellen 44 700 M., insgesamt im ordentlichen Haushalt 399 300 M. (+ 2470 M.); im außerordentlichen Haushalt 555 100 M. Zuschüsse für die weitverbreitete Arbeiterlosenfürsorge und 10 000 M. zur Ausbildung der Arbeitsämter verzeichnet.

Gewerbe und Handel. Landesgewerbeamt: 242 200 M. Ausgaben, 45 000 M. Einnahmen, Mehrausgabe 197 200 M. In dem Haushalt sind 9000 M. Beiträge zur Ausbildung von Lehrlingen, 10 000 M. Beiträge zu den Kosten der Handwerkskammern, 2500 M. zur Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens und 57 000 M. „Sonstige Förderung des Gewerbes“ enthalten. Für die Probieranstalt für Edelmetalle in Pforzheim werden 17 600 M. angesetzt. Der Staatsbeitrag an den badischen Verkehrsverband beträgt 2500 M., wie bisher. — Das Eisenwerk ist mit 231 500 M. Ausgaben und 381 500 M. Einnahmen, Mehreinnahmen 90 000 M. angesetzt. Die Landesanstalt verzeichnet 165 000 M. Ausgaben und 36 700 M. Einnahmen, Mehreinnahme 128 300 M. Zur Fortführung der Gemeindefinanzen und Schuldenstilgung sind 40 000 M. für die Bearbeitung der im Jahre 1930 stattfindenden Volkszählung 120 000 M. und für die Abfertigung an der Vorderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim 5000 M. vorgesehen.

Der Voranschlag des Justizministeriums

hand in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 23. Januar zur Beratung. Berichterstatter war Dr. Wollhard (Dem.). Er lobte die prägnante Aufstellung desselben und ging dann auf die Denkschrift des früheren Justizministers ein. Justizminister Dr. Remmele erklärte, daß die Zeit der parlamentarischen Entscheidung gekommen habe, insbesondere hätten größere Ausgabenposten wie die Neuerstellung eines Delinquentenbundes im Singenheim, die Errichtung eines Jugendzuges bei der Anstalt Hechingen, die Reparaturarbeiten in mehreren Gerichtsgebäuden, die an sich unbedingt notwendig wären, getrieben werden müssen. Die Bemühungen auf Vereinfachung des Betriebs würden fortgesetzt. Wir hätten in Baden 282 Richter, in Württemberg 425, auf 82 000 Einwohner entfällt in Baden 1 Richter, in Württemberg auf 6071 Einwohner, obgleich wir in Baden einen höheren Gerichtsstand hätten wie das Nachbarland. — Von Regierungsseite wurde bestätigt, daß das Notariat in Baden teuer arbeite.

In die Aussprache wurde wiederholt auch von sozialdem. Seite eingegriffen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Justizverwaltung in Baden an sich eine gute ist. Die Einsparung an Kosten sei auf die Dauer unbillig. Die Zahl der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte sei eine noch zu hohe. Viele von ihnen hätten wenig oder fast gar nichts mit Arbeitsgerichtsachen zu tun. Klagen seien aus dem Arbeitsgerichtsgebiet eingegangen, dort sei eine Konzentration in der Arbeitsgerichtsbarkeit angebracht. — Anträge eines liberalen Redners gegen die Arbeitsgerichte wurden zurückgewiesen.

Am Regnabtag wies man sich bei der sozialdem. Verfassung und sozialdem. Gerichtsverfassung für Baden. — Ferner wurde von einem sozialdem. Redner das Verhalten des Rechtsanwalts Schmitt in Heidelberg zur Sprache gebracht. Gegen diesen wurde seinerzeit ein Strafverfahren eingeleitet wegen der bekannten Vorgänge anlässlich eines Aufnahmeprozesses, den Schmitt für einzelne Grundbesitzer gegen die Stadtgemeinde geführt hat. Trotz des mehr als einmütigen Verfalls des Rechtsanwalts wurde die Strafverfolgung ungreiflicherweise niedergelassen, während des ehrenrührigen Verfahrens bei der Anwaltskammer noch weiter im Gange. Schmitt ist es jetzt anheimelnd durch seine in Heidelberg nicht unbekanntem Verfahren gelungen, zu verhindern, daß er juristisch verfolgt werden kann. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Eingänge im Landtag

Dem Landtag ist die dritte Novelle zum Strohengesetz eingegangen.

Die Nationalsozialisten haben einen Antrag eingebracht betr. Aufhebung der Berliner Gefangenhaft. Der Justizminister erwidert die Ermächtigung zur Strafverfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Maier und des verantwortlichen Schriftleiters des nationalsozialistischen „Büder“, Dr. Otto Wacker, beide wegen Verleumdung des Landtags.

Gemeindepolitik

Berliner Acht-Millionen-Kredit

Die Berliner Stadtvorordnetenversammlung nahm heute eine Dringlichkeitsbeschluss des Magistrats an betr. die Einziehung eines Darlehens von 8 Millionen Mark für Hoch- und Tiefbau in dem Haushalt 1930. Es handelt sich hierbei darum, aus wirtschaftlichen, technischen und arbeitspolitischen Gründen diejenige Bauten fertig zu stellen, deren Fortgang durch Witterungseinflüsse gefährdet worden sind.



Volkswirtschaft

Wem Zehelmarkt. In Segelebuch ist das gesamte Obergut leih...

Der Verein „Karlshuber Werte“ (e. V.) hielt am 15. Januar 1930 seine...

Karlshuber Werte

Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Die Stimmung am Brot...

Partei-Nachrichten

Arbeitsgemeinschaft Jos. Lehrer, Kreis Mittelhaden. Samstag, 23. Januar...

Gewaltwetterbach. Kommenden Samstag, 25. d. Mts., abends 8 Uhr...

Spöck. Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr in der „Kofe“ Ges...

Dittmann (Amt Kottatt). Wir verweisen auf den am Sonntag, 26. Januar...

Schulze. Freitag, den 24. Januar: Langenleinsbach: Abends 8 Uhr im Rathaus öffentlicher Richt...

Neuhardt Amt Bruchsal: Abends 8 Uhr in der „Krone“ Ver...

Sonntag, den 26. Januar: Harbach Amt Offenburg: Vormittags 11 Uhr öffentliche Ver...

Katzenfels: Mittags 4 Uhr öffentliche Versammlung mit Vortrag über...

Münzen A. Kottatt: Vormittags 10 Uhr im „Döhlen“ Zusammen...

Rehlingen Amt Breiten: Mittags 3 Uhr im „Abler“ öffentliche...

Dittmann Amt Kottatt: Mittags 5 Uhr im „Strauß“ öffentlicher...

Döhlenheim Amt Bruchsal: Mittags halb 3 Uhr in der „Blume“...

Sonntag, den 1. Februar: Eisingen Amt Forstheim: Abends 8 Uhr im „Dirich“ Zusammen...

Sonntag, den 2. Februar: Gohsheim Amt Breiten: Mittags 3 Uhr in der „Krone“ Zusammen...

Schweeren Amt Kottatt: Mittags 3 Uhr in der „Blume“ öffentliche...

Gernsbach: Abends 8 Uhr öffentlicher Vortrag im „Bad Hof“ von...

Delorsreinstaffler: Nochmals erluchen wir um reichste Einien...

Sprechstunden der Redaktion jeden Tag von 11 bis 12 Uhr vormittags.

Aus aller Welt

15 Rennpferde verbrannt

Neu-Orleans, 23. Jan. Durch einen Brand wurden auf dem hie...

Fünf französische Soldaten wegen Sittlichkeitsvergehens im besetzten Gebiet verurteilt

Landau, 23. Jan. Das Militärgericht Landau verhandelte gegen...

In der Verhandlung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit st...

Lebensretter wegen Zollformalitäten bestraft

Paris, 23. Jan. (Via. Draht.) In dem letzten Prozess gegen...

Dem Schleppe „Kroff“, den Kapitän Nicolas befehligte, waren...

Eisenbahnunfall infolge Sabotage

Wie das „Journal“ aus Madrid meldet, ist infolge eines Sabo...

Berwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde Halsmanns

Nach zweitägiger Verhandlung verwarf der Wiener Kassationshof...

Der Streik im Gellspach

Zu den kritischen Mitteilungen von Professor Lazarus in der...

Erfolg nach Hause gekommen“ seien. Gleichzeitig wird über den...

Junker und Flottenkonferenz

Die Chicago Tribune berichtet aus Neuport, der technische Leiter...

Amerikas Jagd auf Alkohol

Auf einem Protokoll der französischen Regierung beim amerikanischen...

Schlaganfall der Wirtschaftlerin Neumann

Die in der Vordarrasse Rosen verwickelte Wirtschaftlerin Neumann...

Böh zum Abschied bereit

Berlin, 23. Jan. (Via. Draht.) Der zur Zeit im Urlaub befind...

Die Lage bei der Berliner Flugzeugfabrik Hohrbach

hat sich in den letzten Tagen so weit zugeeignet, daß mit dem...

Freilassung des kommunistischen Abgeordneten Müller

Darmstadt, 23. Jan. Auf Eruchen des preussischen Landtags ist...

Aus dem Gerichtssaal

Unermartete Bestrafung bei Eidesverweigerung — bei unge...

im Karlsruhe, 22. Jan. Vor dem Einzelrichter stand wegen...

Als dann der jüdische Kaufmann, der die Anzeige bei der Staats...

Unermartete rasch kam neulich ein Kriminalfahndung zu einer...

Mit 60 Kilometer in die Kurve Der Sozialfahrer zu Tode gestürzt

im Karlsruhe, 22. Jan. Der 21 Jahre alte Schlosser Oskar L.

genau auf dem Sozius sitz begleitete. Zwischen Bilschweier und...

Dieser tödliche Unfall bildete heute Gegenstand einer Verhand...

Das Schöffengericht erkannte wegen fahrlässiger Tötung in Tat...

Gebretsdauer: Georg Schöblich. Verantwortlich: Vottil, Freitrag...

Sänger! Wüßnet In Apotheken und Drogerien RM. 1,25 und 70 Pf.

Heute zu Tietz:

Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Heringssalat ¼ Pfd. —.30	Seelachs, geräuchert —.80	Flundern, geräuchert —.75	Schellfisch, geräuchert —.65	Fleckerlinge —.35	Bücklinge —.50	Kronsardinen 2 St. —.25	Lachsringe 3 Stück —.40	Saure Heringe nach Hausfrauenart 3 Pfd. —.95	Oelsardinen Port. Dose 4 St. —.95
Haushalt-Kakao 3 Pfd. 1.80 Pfd. 65.7	Malaga extra superior 1.25 Leere Flaschen werden mit 10.7 zurückgenommen.	Diabetiker-Brot nach Dr. Sestner Roggen- und Weizenbrot 45.7 50.7	Grüne Erbsen ungesch. 3 Pfd. 75.7 Pfd. 27.7	Bohnen weiß 3 Pfd. 1.20 Pfd. 42.7	Sago 3 Pfd. 1.20 Pfd. 42.7	Erbsen gelb ½ 3 Pfd. 1.10 Pfd. 38.7	Erbsen gelb, Viktoria 3 Pfd. 1.40 Pfd. 48.7	Gerste 3 Pfd. 90.7 Pfd. 32.7	Linsen russ. weich kochend 3 Pfd. 1.08 Pfd. 36.7
Siede-Eier 10 Stück —.95	Landbutter, täglich frisch 1.68	Bratenschmalz —.86	Griebenschmalz —.94	Rind-u. Schweineschmalz gem. —.90	Dän. Schmalz l. Blasen 1.00	Blutorangen 3 Pfund 75.7	Trauben 50.7	Blumenkohl Kopf v. 25.7 an	Süße Orangen 3 Pfund 48.7
Kaffee täglich frisch aus eigener Rösterei Gratis-Kostproben!									

Badisches Landestheater
Freitag, 24. Januar
Sollbühne 1

Faust (II. Teil)

Tragödie von Goethe
Musik: Max Bruch
Regie: Hermann
Schauburg
Schauburg
Schauburg

Wir bringen ab heute ein ausserordentlich interessantes Schlager-Programm, das jedem Besucher einige annehme Stunden ungetriebener Heiterkeit garantiert.

Das köstliche Militär-Lustspiel
In der Heimat da gibt's ein Wiederseh'n

Heitere Bilder aus erster Zeit von E. Löhner und Heinz Gordon. Nicht nur das beste Militär-Lustspiel, sondern einer der besten Lustspiel-Schlager überhaupt.

7 Akte, die einem buchstäblich nicht aus dem Lachen herauskommen lassen. In den Hauptrollen: **Reinhold Schünzel, Siegfried Günz, Johannes Riemann, Blondine Ebinger, Fritz Kampers, Karl Etlinger, Paul Morgan, Jacob Tiedke** usw. usw.

II. Als Sensation für Karlsruhe **40000 Gastspiel** des ersten deutschen Kinospielers **Ludwig Trautmann** mit vollständigem neuem Programm.

Auf vielseitigen Wunsch findet am Sonntag nachm. von 2-4 Uhr nochmals eine einzige Vorstellung des großen Douglas Fairbanks-Filmes **Der Dieb u. Bagdad** statt. Jugendl. haben auch hierzu Zutritt.

4.30
6.50
Uhr

SCHAUBURG

Marienstraße 16 Telefon 6294
Beginn 4 Uhr Einlass 4 Uhr

Wir bringen ab heute ein ausserordentlich interessantes Schlager-Programm, das jedem Besucher einige annehme Stunden ungetriebener Heiterkeit garantiert.

Das köstliche Militär-Lustspiel
In der Heimat da gibt's ein Wiederseh'n

Heitere Bilder aus erster Zeit von E. Löhner und Heinz Gordon. Nicht nur das beste Militär-Lustspiel, sondern einer der besten Lustspiel-Schlager überhaupt.

7 Akte, die einem buchstäblich nicht aus dem Lachen herauskommen lassen. In den Hauptrollen: **Reinhold Schünzel, Siegfried Günz, Johannes Riemann, Blondine Ebinger, Fritz Kampers, Karl Etlinger, Paul Morgan, Jacob Tiedke** usw. usw.

II. Als Sensation für Karlsruhe **40000 Gastspiel** des ersten deutschen Kinospielers **Ludwig Trautmann** mit vollständigem neuem Programm.

Auf vielseitigen Wunsch findet am Sonntag nachm. von 2-4 Uhr nochmals eine einzige Vorstellung des großen Douglas Fairbanks-Filmes **Der Dieb u. Bagdad** statt. Jugendl. haben auch hierzu Zutritt.

4.30
6.50
Uhr

BADISCHE LICHTSPIELE

Konzerthaus
Freitag, 24. bis Mittwoch, 29. Januar, jeweils 20.30 Uhr

Henny Porten

in
Die Frau, die jeder liebt, bist Du!
Lustspiel 1233

Bellefime Musikbegleitung
Auch für Jugendliche

Kartenverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße und im Büro Klapprechtstraße 1 (9 bis 13 und 15 bis 17 Uhr, Samstag 9 bis 13 Uhr)

Gesangverein Concordia e. V.

Samstag, 25. Januar,
in den Räumen der
Festhalle
GROSSER MASKEN-BALL

Reservierte Podiumplätze à 50 Pfennig sind Freitag und Samstag, soweit der Vorrat reicht, bei Herrn Stadtgarteneinnehmer Bronner zu haben.

Verkaufsstellen und alles Nähere siehe Plakatsäulenansatz

Colloleum

Täglich 8 Uhr
sonntags 3.30 u. 8 Uhr

Glauber's Royal Midgel's-Theater
Die kleinen Menschen der Welt

Außerdem das große Varieté Programm von Wehrst.

Jeden Mittwoch u. d. Samstag 3.30 Uhr
Schneewittchen und die 7 Zwerge
zu haben Eintrittspreise

Vorverkauf der gan en Tag im **Zigarrenhaus Meyer** Waldstraße 54

Kappenabende!

Sämtliche Artikel hierzu bereit.

Schweizer & Brecht Nacht.

Großhandlung
Telephon 3928 Gottesauer Straße 6

Kaffee Bauer

Heute Freitag, 16 Uhr nachmittags

Elite-Konzert

Einlage: **Corelli-Variationen Tartini-Kreisler**
Solist: Kapellmeister Dolezel

Abends 20.30 Uhr
Operetten- und Schlager-Abend

Im Ratskeller **TANZ**
(bis 1 Uhr) Kapelle Henry Schäfer

Morgen Samstag
Gesellschafts-Tanzabend
(bis 2 Uhr)

Ständige Ausstellung

verahmter und ungeahmter
Gemälde Radierungen Lithographien
ernster Künstler
Rahmungen
einfach und geschmackvoll werden schnell ausgeführt

VOLKSFREUND-BUCHHANDLUNG
Waldstraße 28
Fennrl 7020 7021

Grundbuch nicht zu erleben waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Andernfalls werden diese Rechte bei der Befriedigung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben.

Für ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Verteilung des Erlöses die Aufhebung oder einseitige Einstellung des Verfahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes.

Bezeichnung des zu versteigernden Grundstücks:
Grundstück von Gaggenau Band 30 Blatt 31 Gemarkung Gaggenau, Laß Nr. 122: 3 a 28 qm Hofraute mit Gebäulichkeiten im Ortsteil.

Hierauf steht:

- ein Rohbau mit ½ Balkenfeller und ½ Schienenfeller,
- überbaute Einfahrt mit Mauerwerk, Scheuer, Stall, Schorn und Küche,
- Schopf und Maschinenhaus,
- Schlachtbau,
- Maschinenhaus.

Schätzung mit Zubehör 18 000 M.
Schätzung ohne Zubehör 16 000 M.

Vorliegendes bringe ich hiermit im Auftrag des Bad. Notariats Rahatt II als Vollstreckungsgericht zur öffentlichen Kenntnis.

Gaggenau, den 23. Januar 1930.
Der Bürgermeister: **Schneider**

Grundstücksverpachtung betr.
Auf Antrag des Bevollmächtigten der Friedrich Wagner Kammachers Kinder in Amerita, werden am Montag, den 27. Januar ds. Js., abends 7 Uhr, im Rathaus in Gaggenau folgende Grundstücke auf vier Jahre in Pacht öffentlich versteigert. Die näheren Bedingungen werden beim Versteigerungstermin bekanntgegeben.

1. Laß Nr. 526 b: 9 a 85 qm Wiese in der Baumhald
2. Laß Nr. 694: 5 a 83 qm Wiese am Dummelberg.
3. Laß Nr. 1881 a: 10 a 8 qm Wiese in der Dürrenbach.
4. Laß Nr. 1881 b: 10 a 8 qm Wiese in der Dürrenbach.
5. Laß Nr. 2278: 24 a 91 qm Acker im Neubrunn.
6. Laß Nr. 1544: 16 a 33 qm Acker im Oberfeld.
7. Laß Nr. 520 b: 13 a 94 qm Wiese in der Baumhald.
8. Laß Nr. 640: 11 a 4 qm Acker am Dummelberg.

Gaggenau, den 22. Januar 1930.
Der Bürgermeister: **Schneider**

Staub-Sauger

20 Stk. nur im haben
sorgef. komplett mit
Zubehör für DM. 45
zu verkaufen. Angebote
unter Nr. 1045 an das
Volksfreundbüro

Abbitetetes Zimmer
zu vermieten 3.71
Hans-Thoma-Str. 5,
4. Stock. höher

Wett Ehepaar sucht 1 od.
2 St. 2-Zimmerwohn.
Mayer, Marien-
straße 45, 4. St. 3007

2 junge Schwaner,
11 Wochen alt, 3 bett
bei David, Turndach
Hue, Lindenstr. 18 (D7)

Hochzeitsausg. mittl.
w. im. erlebte-Exotica-
man, Kinderapparat,
ein Kinderbett zu vert.
Zachnerstr. 18, I. St. 1

**Grad. Emotion-
Geburt-Büchse**
verleibt 9.6
Frankfurt, Marienstr.

KAMMER LICHT SPIELE

Kaisersstr. 168
Fernspr. 3063

Wo 8.30, 1.7 und 9
Sonntag ab 2.30 Uhr

Ab heute unser großer
Film-Erfolg in Erstaus-
führung für Karlsruhe!
Der Film d. Sexuallot. Jugendl.
Frühlingserwachen der Liebe
Das Drama der Jugend

ZWISCHEN VIERZEHN UND SIEBZEHN

Noch heute sehen Eltern nicht aben nicht! Noch erschauern die
sich die Sessungen vor sexuellen
lichen Ta aus-n stehen, noch für-
ner hinf n sich Ziel ungeschützter
lichkeit! Noch im mer ist das b
neude Problem unserer Zeit
Sexuallot der Jugend
Verstärkte Musik
Großes Beiprogramm
Der Besch der Hochmittags-
Vorstellung e chert gu e Film

Der Qualitätsfilm, der wert ist von
Tausenden gesehen zu werden!

Volkshaus, Schützensir. 16

Auf vielseitigen Wunsch
findet Sonntag ab 5 Uhr
eine Wiederholung des

Sonder-Streichkonzertes

mit verstärktem Orchester statt.
NB Samstag abend
Großer Kappenabend
des M. a. v. erandes
Um geneigten Zuspruch bittet
1835
H. Horp und Frau

Streng solide Winterjoppen

aus Tuch - Loden - Manchester - Lederol und Windjoppen (nur allerbeste Ware) bei
Friedrich, Zirkel 25a, Ecke Ritterstr. (Mitgl. der SPD.)

Tanz-Ausflug

nach **Berghausen**
(Krone) statt, wo wir
am ationen u. d. h. lichen
Wahlgebet freunlich
einladen. Aufammen-
tan 13 Uhr im Vereins-
gem **Der Vorstand**

**Verein für Homöopathie
und Naturheilkunde**
Durlach

Su der am 2. am-
tag abend 20 Uhr im
Eokal zur "Kraube"
Hauflinden 576

Monats-Verlammlung
mit Vortrag des Herrn
Dr. Wunderlich hombd.,
Vrat Thema: "Erfäl-
lungsfragenheiten" sind
die Mitglieder freun-
dlich einladen.
Freunde und Gäste
des Vereins sind heral
willkommen.
Der Vorstand

REST AB NEUTE: REST

NAPOLEON AUF ST. HELENA

Ein neue Napoleon in deutscher Produktion mit
WERNER KRAUSS ALBERT BASSERMANN

Napoleons letzter Kampf gegen die brutale
Behandlung seitens der Engländer, gegen die
schleichende Krankheit - gegen den Tod

3.30 5.30 7.20 8.50

Amtl. Bekannmachungen Schulgelber.

Das Schulgeld für das 3. Drittelsjahr
1929/1930 der Goethe-, Humboldt-, Helms-
holts-, Kant-, Leibniz-, Zitzler-, Breili-
grath-, Handels- und Gewerbeschule ist
am 1. Februar 1930 zur Zahlung fällig,
ebenso das Schulgeld für das 4. Viertel-
jahr der Solimenschule.

Für Schulgelber, die bis einschließlich
15. Februar 1930 nicht bezahlt sind, wer-
den Verzuggebühren erhoben. Nach
Ablauf dieses Termins erfolgt zwangs-
weise Betreibung.

160
Stadthauptasse,

Gaggenauer Anzeigen

Zwangsversteigerung.
Im Verfahren der Zwangsversteigerung
soll das auf den Namen des Gustav Müller,
Friedrich, in Karlsruhe, eingetragene,
unten beschriebene Grundstück durch
das unterzeichnete Notariat versteigert
werden am
Freitag, den 21. Februar 1930,
vormittags 9 ½ Uhr,
im Rathaus zu Gaggenau.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27.
November 1929 in das Grundbuch ein-
getragen worden.

In die Mitteilungen des Grundbuch-
amts und die übrigen Nachweisungen
über das Grundstück, insbesondere in die
Schätzungsurkunde, kann jedermann Ein-
sicht nehmen.

Rechte, die a. Z. der Eintragung des
Versteigerungsvermerkes aus dem

Kleine badische Chronik

Brandstiftung

u. Zell a. S. Mittwoch nacht 11.45 Uhr ertönte Feueralarm. Es drante im Hintergebäude des Gasthauses zur „Krone“ hier. Dank der guten Alarmvorrichtung (Brandstrome) war die Feuerwehr sofort zur Stelle und bekämpfte das Feuer unter der umsichtigen Leitung des Kommandanten Schneider mit mehreren Schlauchleitungen, wodurch das Feuer in etwa 1 Stunde niedergelämpft war. Es war eine gefährliche Ecke, und hätte sich leicht zu einem Großbrand entwickeln können. Es liegt Brandstiftung vor. Der Täter, der 21 Jahre alte arbeitslose Hans Schwäbe, hat das Feuer gelegt und in der Nacht sich noch selbst gestellt. — Donnerstag vormittag halb 11 Uhr, wurde bei Herr Schuhmachermeister W. Bed nach ein Brandherd entdeckt, der mit Minimax gelöscht werden konnte.

Familientragödie

Manauheim, 24. Jan. Die 30 Jahre alte Angestelltefrau Engel aus der Wingerbergstraße des Stadtteils Seidenheim und ihre drei Kinder, Knaben im Alter von 4, 6 und 8 Jahren, wurden seit Mittwoch früh vermisst. Polizeibeamte, die sofort Nachforschungen anstimmten, fanden am Donnerstag abend die Leiche der Frau in einem nahe gelegenen Weiher. Nach den Kindern wird noch gesucht, da angenommen wird, daß auch sie den Tod im Weiher gefunden haben. Der Brand zu der Verweilungsstat soll in Familienmissetaten zu suchen sein.

Großfeuer

Wohrdenfeld (Bez. Tauberhofsheim), 23. Jan. Mittwoch morgen kurz nach 5 Uhr brach in der Scheune des Landwirts Spinner, vermutlich durch Brandstiftung, Feuer aus, das sich infolge des herrschenden Windes rasch auf das Wohnhaus und mehrere Scheunen ausbreitete. Im ganzen sind niedergebrannt ein Wohnhaus, vier Scheunen und vier Stallungen. Dem Feuer zum Opfer fielen: Wohnhaus, Scheuer und Stallung des Landwirts Spinner, Scheuer und Stallung des Kaffschreibers Hofmann, Scheuer und Stallung des Altratschreibers Bedrinaer, Scheuer und Stallung des Gastwirts Weisner. Die rasch herbeigerufenen Nachbarfeuerwehren und die Motorpumpen Tauberhofsheim konnten eine weitere Ausbreitung des Brandes verhindern und nach 2 1/2 Stunden Verbrennung des Heuers Herr werden. Der Schaden wird auf 60-70.000 M. geschätzt. Unter dem Verdachte der Brandstiftung wurde eine Person verhaftet.

Eintrödenheim, Samstag, 23. d. M., abends 7.30 Uhr, findet in der Wirtschaft zum „Löwen“ die Gründungsversammlung des Arbeiter-Gesangsvereins statt, wobei ein Gesang aus Karlsruhe über die Ziele der Arbeiterbewegung besungen werden wird. Der Kampf war schwer, um dies Ziel zu erreichen, das wenige Genossen schon vor 15 Jahren zu erkämpfen suchten; es soll jetzt Wirklichkeit werden. Nicht ist es für jeden Hausbesitzer Arbeit, dem Arbeiter-Gesangsverein sich anzuschließen. Den bürgerlichen Vereinen muß damit auseinandergesetzt werden, daß die hiesige Arbeiterschaft aus ihrem Dornröschenschlaf aufgewacht ist.

Dettingen. Mittwoch nacht geriet der 44jährige Tagelöhner Ludwig Gimbels mit jungen Leuten im Wirtshaus in Wortwechsel. Sie stellten ihn auf dem Nachbauseweg und mißhandelten den Mann derart, daß er mit schweren Kopfverletzungen dem Krankenhaus übergeben wurde.

Wohrdenheim (Amt Welsheim). Der Landwirt Karl Sellinger war im Walde mit Holzarbeiten beschäftigt. Als er mit noch einem Kameraden eine Kiefer niederlegte, auf die eine andere mit dem Wirtshaus gefallen war, traddten plötzlich beide und stürzten. Sellinger wurde von dem Gipfel des einen Baumes niedergelassen. Er war sofort bewusstlos, konnte sich aber später wieder erholen.

Wannheim. Am Mittwoch abend wurde ein 23jähriger Kadaver auf der Weinheimer Straße von einem bisher unbekanntem Personentransporter von hinten angefahren und gegen einen Kilometerstein geschleudert. Der Kadaver erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte dem Alacemischen Krankenhaus zugeführt werden.

Weitenbrunn (Hornisgraben). Bei der Verteilung des Karlsruher Weitenbrunn wurden 38.000 M. erlöst. Geschätzt war das Anwesen auf 80-85.000 M. Die Inhaberin der 1. Hypothek, die Ehefrau des Sparkasse Wühl, ist nun Besitzerin geworden.

Donauausfingern. In der Sonntagnacht wurde der Bahnbeamte D. L. ohne jeden Grund von einem Betrunknen mit einem Messer in das Gesicht gestochen. Der Täter wurde festgenommen.

Die Schallplatte

Von Etienne Gril (Berechtigte Uebersetzung von S. Lemmers und Gerhard Schüte.)

Wir hatten zu Ehren von Marc Turnes ein Empfangsfest vorbereitet, dem er unserer Ansicht nach eine unverwundbare Erinnerung bewahren sollte. Wir übriens auch.

Eine kleine Reise von drei Monaten hatte ihn nach Brasilien und Argentinien geführt, am Ende der Reise über Kaffernhänge in Südamerika; eine Nachforschung voller Ruhe, eine schöne Reise, ein schöner Urlaub. Nach Verlauf von drei Monaten hörte man nichts mehr von Turnes, keinerlei Nachrichten erreichten uns.

„Er hat noch Geld“, sagte der Chef der Nachrichten-Abteilung des Blattes. Er wird wohl in den Spelunken von Buenos-Aires verweilen, was ihm noch geblieben ist. Solange er noch fünfzig Franken in der Tasche hat, wird er uns telegraphisch um Hilfsmitel anfragen und die benötigende Abendung seines Manuskriptes anfordern. So etwas ist.“

Es sollte aber durchaus nicht. Nach einem halben Jahre stieß der Nachrichtenleiter ein bewunderndes Pfeifen hervor.

„Turnes wird insam, er gibt nur tropfenweise aus.“

Ein Jahr verging. Wir zweifeln nicht mehr daran, daß unser Freund ein vorzeitiges Grab im Bauche irgendeiner Riesenklippe des Ozean-Amazonenstromes gefunden hatte, und wir sprachen auch von dieser Vermutung zur Frau Turnes, die ansah, sich zu beunruhigen. Und wir ließen nichts mehr von Marc Turnes verlauten. Nach zwei Jahren dachten wir nicht mehr an ihn, und seine Stelle wurde anderweitig besetzt. Drei Jahre verfloßen und dreiteten Verzweifeln über unsere liebsten Erinnerungen.

Am 15. letzten Monats erhielten wir folgenden Fundspruch:

Ausgeschnittene Forschungsberichte über Kaffern, Sendung bevorstehend. Schickt Mittel nach Buenos-Aires, Marc Turnes.“

Man stellte Erfindungen an, und nach langem Forchten kamen wir zu der Ueberzeugung, daß Marc Turnes Mitglied unserer Redaktion gewesen und einmala auf eine Forschungsreise ausgesandt worden war.

Wir erfuhrten inwischen durch südamerikanische Agenturen, daß der große Reporter Marc Turnes an einer verlassenen Insel Schiffbruch erlitten hatte und dort fünf Jahre ganz einiam verbracht hatte; es folgte eine Beschreibung der Entbehrungen, der Kotschmerzen, der mit der Hand gefangenen Fische, des mittels zweier sehr schnell gegeneinander geriebenen Holzstücke angezündeten Feuers. Man erließ uns den Bericht von der Anshiffung der Menschenfresser.

Die Zeitungen können nicht alle Tage mit Robinsons aufwarten, und wir entschlossen uns daher, Marc Turnes Rückkehr würdig zu feiern. Es war ein prächtiges Schauspiel im Großen Theater, an dem teilnehmenden sämtliche hohen Persönlichkeiten sich verpflichten mußten. Würdevoll in der Präsidentenloge sitzend und laute Bonbons lutschend, antwortete Marc Turnes auf die lauten Zurufe des begeisterten Saales mit einem leichten, oft wiederholten robinsonmähigen Grub.

Während geschah etwas Dramatisches. Was Marc Turnes tat, letzte uns in Erstaunen bei einem Manne, der über fünf volle Jahre verhaftet hatte, um fern der Verdorbenen der Städte, ruhiger Sitten zu lernen.

Fraulein Bioupiotte war gerade auf die Bühne getreten, um das berühmte „D, wiee uns! Wiee uns! in deinen weißen Armen, Ozean Großer Deant!“ zu singen. Das Lied hatte sie vor zehn Jahren über Nacht beiläufig gemacht. Und sie schmetterte die Arie hinaus — mit dieser so berühmten gewordenen Stimme, seitdem ein Freigantenkantant verstorben hatte, daß eine solche Stimme allen Sirenen überlegen sei und sie für sich allein das Heil eines Schiffes im Nebelmeer verbrühe. Wenn Fraulein Bioupiotte sang, mußte stets ein Bedienter da sein, um gewisse Zettel zurückzufinden, die sich in den Bühnenbehängen verfangen.

Fraulein Bioupiotte begann also ihr Lied, als Turnes sich aufrichtete und mit geäußerten Haaren zu uns sagte: „Erwarten Sie mich in einer Minute“, die Tür der Loge öffnete und verschwand.

Einem Moment später befand er sich auf der Bühne, sprang auf Fraulein Bioupiotte zu, umflemmte ihren Hals mit seinen mächtigen Händen und riß dann das Notenblatt mitten durch, indem er heulte: „Glende, finde ich dich wieder, Glende! Ich habe dir oft genug verprochen, diese verfluchte Stimme zu erlösen.“

Leute stürzten auf die Bühne, es gelang ihnen, Marc Turnes sein Opfer zu entreißen, das seitdem an einem chronischen Schiefhals leidet.

Eingesogenen Erfindungen zufolge, war Marc Turnes bis zu jenem Tage Fraulein Bioupiotte niemals begegnet. Wir haben unseren Freund im Gefängnisarett beuht und ihn befragt. Er hatte sich von seiner Aufregung erholt und empfing uns voll Freude. Aber als wir zu ihm von den Erklärungen der Dima sprachen, welche ehrenwürdig verführte, keine Beziehungen zu diesem Wilden gehabt zu haben, glaubten wir, er ließe sich wieder von seiner unerklärlichen Wut hinreißen. Er beherrschte sich jedoch und erzählte uns diese Geschichte:

„Er kannte sie sehr gut, dieses Fraulein Bioupiotte. Und ob er sie kannte! Monatelang, jahrelang hatte sie ihm ihr „D, wiee uns!“ vorgesetzt, ihm allein, er kannte den gewissen B-Lon, der ein solches Aidsack vollführte, daß er bei jedem Schlage ausrief: „Ein Mensch im Meer!“

Die Woge, die mich auf die verlassene Insel warf, schiedte mir beim zweiten Stoß eine Kiste. Das war übrigens alles, was dem Schiffbruch entging, die Kiste und ich. Ich hätte besser daran getan, sie ins Meer zurückzuwerfen, ohne sie zu öffnen. Aber man hofft, so viele Dinge in einer Kiste zu finden, wenn man schiffbrüchig ist: Lebensmittel, Kleider, Waffen, mit oder ohne Munition, Werkzeuge zum Bau eines Hauses oder eines Induandertafelzuges, falls es natürlich Holz auf der Insel gibt. Nun es war ein Grammophon! Ausgeschnitten übrigens. In dem Grammophon befand sich eine Schallplatte.

Eine Schallplatte, verstehen Sie wohl! Kein Duzend Schallplatten, sondern eine. Da ich mich nicht mehr mit einer Menge von Dingen zu beschäftigen hatte, die den Gebrauch einer Uhr bedingen, so drehte ich das Grammophon auf. . . D, diese Stimme, meine lieben Freunde, diese Stimme, so anders als die meingie, auf der verlassenen Insel, unter den blühenden Kokospalmen. Das müttende Meer, das araukame Meer trat weit dagegen zurück; es war vergebens keine Bogenkämme mit einem Höllenlärm auf den Felsen, mir war, als ob es kistete; die Stimme Fraulein Bioupiottes beherrschte es weit und breit. Das war ein überwältigender Triumph, der Bescheidungen gegen den Ozean aus mir herausprete.

Sie begreifen daher wohl, daß ich mich sterblich in Fraulein Bioupiotte verliebte. Zuerst war es ein Jvöll zu zweien, wir ganz allein — ein einiamer Insel, das ist mehr wert als eine Hütte oder ein Speicher. Sie sang, ich schrieb. Das vollkommene Zusammenpiel. Leider wird man auch der schönsten Dinge überdrüssig. Es liegt nun einmal in unserer Natur, auf das zu verzichten, was wir in den Händen haben, um nach dem unerreichbaren Glück zu trachten.

Nachdem die erste Begeisterung vorüber war, ging mit Fraulein Bioupiotte auf die Kernen. In meiner Hier, sie zu ärgern, sagte ich ihr nun, sie läte besser daran, etwas Bienenmilch zu trinken, weil ihre Stimme quiesche. Das besiegte Meer war zum Schweigen gebracht worden, nun wollte Fraulein Bioupiotte denselben Sieg über mich erlangen. Aber das ließ ich mir nicht gefallen. Ich habe mir wohl hier und da eine vollständige Heiligkeit zuzugewandt, aber ich hielt noch lange stand. Eines Tages wurde auch ich besiegt. Und mußte noch wochenlang dulden, daß auf meiner einiamen Insel die „weißen Arme“ als Herren regierten.

„Aber Turnes, es wäre doch einfach gewesen, das Grammophon nicht aufzubrechen!“

„Sie können ebenlogat zu einem Chinesen sagen: lauge nicht an deinem Bambusrohr; oder zu einem Nordhinkisten: er solle keine Schritte mehr nehmen. Alles vergebens. Je wütender ich war, desto mehr drehte ich die unerbrechliche Maschine auf. Hingemorken auf den Sand, schleuderte ich hiesige Verwünschungen gegen Fraulein Bioupiotte und verhiß ihr, sie bei der ersten Gelegenheit zu erwürgen. Nach einer schlaflosen Nacht entschied ich mich eines morgens zu einem großen Akt der Gerechtigkeit und der Enttafflung. Als Bioupiotte zum zweitenmalen Male den Ozean anstiehe, sie zu wiegen, schleuderte ich sie mit einem Fußtritt in die „weißen Arme“.

Darnach glaube ich auf immerdar von ihr befreit zu sein. Und was nicht man mir auf, kaum, daß ich gelanget bin, und noch ehe ich mit der Veröffentlichung meiner Arbeiten über die Kaffern begonnen habe? Fraulein Bioupiotte! Sie verstehen, daß die Gelegenheit zu günstig war, sie zum zweiten Male in die milchweißen Arme zurückzufinden, die sie zum zweitenmalen Malen erflachte. Ich hoffe, sie wird diesmal nicht mehr daraus zurückkehren.“

„Sie wird sich mit einem steifen Hals aus der Geschichte ziehen“, sagte ich zu ihm. Da lachte Turnes den Kopf und murmelte, von neuem besiegt: „Diesmal verziehe ich!“

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weiertheim

Am Sonntag, den 26. Januar 1930, nachmittags punkt 4.30 Uhr, im Restaurant zum „Goldenen Löwen“, Freizeitraße, Bezirksparteizentralfeier, verbunden mit Gesang, Musik und sonstigen Darbietungen. Die Genossinnen und Genossen der Parteiorganisation Karlsruhe werden gebeten, an dieser Veranstaltung teil zu nehmen.

Briefkasten der Redaktion

Jahresart. Die Zahndenthilfe der Invalidenversicherung gilt nur für deren Mitglieder, nicht deren Ehefrauen.

1. 100. Wenn der Gemeinderat einer Sache in die Öffentlichkeit bringt, so kann gegen ihn bischließlich vorgegangen werden, außerdem können Sie ihn wegen Verleumdung verklagen. Können Sie vor allem eine Beschwerde an das Bürgermeisteramt. Wegen dem Wohnhaus wird wohl wenig zu machen sein. 2. Der 6. Januar ist kein gesetzlicher Feiertag.

3. G. A. Die Invalidenversicherung zahlt Beiträge, die eine Versicherung vor ihrer Verheiratung bezahlt hat, nicht mehr zurück.

4. 1001. Wenn kein Schuldschein vorhanden ist und das Darlehen auf die mündliche Vereinbarung hin gegeben wurde, so kann der Gläubiger das Darlehen natürlich kündigen. Mündliche Abmachungen gelten in solchen Fällen zugleich als Vertrag.

5. Katenfels. 1. Forderungen von Handwerker, soweit die Forderungen nicht für den gewerblichen Betrieb, sondern für den privaten Haushalt des Schuldners erfolgt sind, verfahren in 2 Jahren. Wenn 2. B. eine Arbeit im Laufe des Jahres 1928 geliefert und der Schuldner die Forderung nicht anerkennt oder wenn nicht geliefert wurde, sie im Mahnerfahren oder im Klageweg einzuholen. Wir raten Ihnen, sich gütlich zu einigen. Für den dem Handwerker zustehenden Betrag müssen Sie Zinsen bezahlen.

6. Kleinheimbach. Wenn Sie sich im Anschlag an die Krankheit arbeitslos gemeldet haben, so erhalten Sie anstatt der normalen Ratezeit von 7 Tagen nur 3 Werktage angerechnet. Sollte beim Krankheitsausgang des Arbeitsamts.



Gegen spröde Haut
NIVEA CREME
bei Regen, Wind u. Schnee

Achtung
für 30 M. erhalten Sie einen Kugula, 1. 20 M. einen Heberleier oder Mantel nach Maß bei gutem Stoff angefertigt bei Gg. Werle, Hagsfeld.

Weiße Wein
Solange Barra
Ehrentobener
offen 59
Liter

Rotwein
Der Kistenpreis, ein Beweis der Preiswürdigkeit dieser Weine!

Dürkheimer
offen 69
Liter

Bucherer
in sämtlichen Städten!

Billige Kurzwaren

200 Stecknadeln im Brief . . . -04	1 Taschenkamm mit Hülle -14
1 Dtzd. Patenthosknöpfe -04	5 Paar Makonestel 100cm . . -18
1 Zentimeter-Maß 150 cm Wachtuch . . -07	50 Sicherheitsnadeln im Bügel -20
4 Briefe Haar- od. Lock-Nadeln -07	1 Rolle Faden 500 Meter 3 fach schwarz oder weiß -22
1 Meter Wäschebindeband viele Farben . . . -09	3 Paar Halbschuhsenkel br. -20
4 Briefe Stecknadeln . . . -10	1 Stck. waschbare Durchziehgummi mit Durchziehnadeln 2 1/2 Meter -22
5 Briefe Nähadeln „F. anck“ . -10	1 Stck- und Stopfapparat -22
1 Abschnitt Gummi mit oder ohne Loch . . . -10	1 Rollbandmaß . . . -22
1 Rolle Reihgarn 20 Gram . . . -10	1 Paar Damenstrumpfhalt. -25
3 Sterne Leinzwirn 2 1/2 Meter . -10	12 Dtzd. Hosknöpfe . . . -25
1 Stck. Körper- od. Halbleinband schwarz oder weiß . . . -10	1 Dose Stecknadeln 100 Gr. . -25
3 Paar Eisengarnriemen . -12	Strumpfhaltgarnitur 8 tell. -25
1 Nadelmappe „Oripp“ . . . -05	2 Dtzd. Hemd-Knöpfe Perlmut. -25
1 Rolle Nahtband schwarz od. weiß 10 Meter . . -14	Frisierkämme . . . -76 -45 -25
1 Dose Stecknadeln 50 Gramm -15	1 Schablonen-Kasten -28
	Nadelmappe Schließentz. Näh-, Stopf-, Stiche-, Durchziehnadeln -30

BURCHARD

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, den 24. Januar 1930.

Geschichtskalender

24. Januar. 1776 *Schriftsteller C. Th. Hoffmann. — 1890 Reichstag beschließt Einheitsgesetz des Sozialistengesetzes. — 1899 Gründung der Hamburger Genossenschaft Produktion. — 1919 Neues Gemeindefachrecht. — 1921 Grubenkatastrophe auf „Deutschland“ (38 T). — 1929 Magdeburg: Richter Hoffmann und Kölling freigesprochen.

Die Sache mit den Kuffenstiefeln

Kürzlich hat ein Bekannter zu mir gesagt, daß wir noch eine Zeit erleben werden, wo der Subtopf völlig verschwindet, wo sich die Damen Gläser rasieren lassen und die Hüte nur noch mit Raugummi festgeklebt werden. Warum nicht? Ich behaupte sogar, daß mal ein Geheh herankommt, wonach die Frauen Vollbärte wachsen lassen müssen, um sie von den Männern unterscheiden zu können. Ferner ist es nicht ausgeschlossen, daß wir Männer endlich knietreie Röde tragen dürfen. Das wäre sehr vernünftig, denn eine Scheidung muß doch sein.

Da ist jetzt eine scharfe Sache herausgekommen. Die Sache mit den Kuffenstiefeln. Als ich sie das erste Mal sah, war ich derart entzückt, daß ich beschloß, beim nächsten Weihnachtsgeschenk der Freiba meine Kuffenstiefel zu verehren, da auch sie für die Langhänge jetzt schwärmt. Sie sind aber auch wirklich schön. „Die besseren Damen tragen sie alle“, befragte ich ihre Freundin mit neidlichem Blicke einen Kanalarbeiter fixierend, der gerade mit seinen Langhosen in einen Kanal geschickt stieg. „Da hast du Bettel, das hat sich auch solche Kuffenstiefel gekauft!“ Mit denen ist sie in der Rheinstraße herumgelaufen und hat den feinsten Kanalarbeiter erwirbt. Das glaube ich! Lauter keine Serren sind der nachgelaufen und soviel! — Joviel!!!

Auch der Heiner lobt die Kuffenstiefel. Dem ist das Wasser im Munde zusammengekommen, wie sein Auge von dem Glanz der Schäfte getroffen wurde. „Ein paar Beine haben dabrin gesteckt“, meinte er, „ein Paar Beine! Ich will dir danken“, von der sah ich mir gern auf die Fehlen treten. Leider hat sie's net gemacht! Im Gegenteil! Jedemal, wenn ich hingehen hab wollen, ist das Leder auf die andere Straßenseite gelaufen. Die Schuß haben halt einen besseren Lauf gehabt. Es kann aber sein, daß sie mich nicht für zahlungsfähig gehalten hat.

Die elegante Dame trägt nur Kuffenstiefel! Wenn ich welche sehe, bin ich jedesmal niedergeschmettert vor Bewunderung. In meiner Nähe wohnt eine Dame, die ihre Kuffenstiefel vor Begelkerung überhaupt nicht mehr von den Beinen nimmt.

Kan sagt, daß sie sogar damit ins Bett geht. Nach jedem Paradeschritt poliert sie mit dem Spitzentuch die Schäfte, damit der Strahlenglanz seine Unterbrechung erleidet. Sobald sie sichtbar wird, redt alles die Hälfte, um die „Kuffen“ gebührend zu beachten.

Nur einmal soll sie die Kuffenstiefel ausgezogen haben, und zwar im Café. Dort standen die Stiefel in ihrer ganzen Pracht aufrecht unter dem Tisch, als ein ganz gewöhnlicher Köcher herantrat und nach vorheriger Wehnüttelung das Bein hob.

Eine „Bestrafung“, die diesmal ausnahmsweise nicht von den Stiefeln, sondern vom Hund aus — direkt in die Köhrens ging. Sonst gibt es aber an den Kuffenstiefeln nichts auszugehen.

Abschluß-Generalversammlung der Bezirksverwaltung Karlsruhe des Deutschen Verkehrsverbundes

Die Bezirksverwaltung Karlsruhe des Deutschen Verkehrsverbundes hielt am letzten Freitagabend ihre letzte Generalversammlung ab. Dieselbe erzielte sich eines sehr guten Besuchs. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat der langjährige Vorsitzende, Kollege Brendle, die im vergangenen Jahre verstorbenen Kolleginnen und Kollegen in üblicher Weise. Den Geschäfts- und Kassenericht erbat der Geschäftsführer, Kollege Flöber. Er hielt zunächst einen kurzen Rückblick auf die Vergangenheit des Deutschen Verkehrsverbundes, früheren Transportarbeiterverbandes. Von 12 Mitgliedern im Jahre 1897 wuchs unsere Verbandsstelle auf 2200 am Schlusse des Jahres 1929. Am 1. Januar 1930 werden wir als Ganzes im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs aufgehen. An die Stelle des Guten soll etwas Besseres treten. Die Konzentration des Kapitals erfordert die Konzentration der Kräfte auf Arbeitnehmerseite. Neue Situationen erfordern neue Wege, wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht zu kurz kommen wollen. Das Jahr 1929 sei ein sehr erfolgreiches gewesen. Es habe die größten Anforderungen an die Geschäftsleitung gestellt. An Posteingängen waren 2380 zu verzeichnen, an Ausgängen 4825. Mündliche Auskünfte an Mitglieder wurden 802, Schriftsätze angefertigt 225, Verhandlungen fanden 253 statt, Sitzungen und Besprechungen 194, Lohnbewegungen wurden 11 geführt in 407 Betrieben mit 1616 Beteiligten. Und zwar im Groß- und Einzelhandel, Transportgewerbe, den Konsumvereinen, Rheinhalbenbetriebe u. a. Auch wurden die Löhne bei der Reichspost in zentralen Verhandlungen neu geregelt. Ebenso bei den Betriebsstoff-Firmen. Beim Streik der Holzarbeiter waren wir auch mit einigen Kollegen beteiligt. In 21 Fällen mußten wir eingreifen bei Arbeitsgebern wegen fristloser Entlassung, Nichtbezahlung des Tariflohnes und der Überstunden. Dabei wurden 2990 M. herausgeholt, teilweise unter Inanspruchnahme des Arbeitsgerichts. Weiter kommen sehr viele Kollegen erst zu uns, wenn es zu spät ist. Insbesondere trifft das im Handels- und Transportgewerbe zu. Die Kassenergebnisse sind folgende: Von 3661,10 M. Ortskassenergebnis am Schlusse des Jahres 1929 sitzen wir auf 5563,22 M am 31. Dezember 1929. An Unterfügungen aller Art wurden im Geschäftsjahr von der Hauptkasse ausbezahlt 23.343,13 M., von der Ortskasse 1453,35 M. Mit diesen Summen ist viel Not und Glend von den Mitgliedern und ihren Familien ferngehalten worden. Die große Solidarität innerhalb der freien Gewerkschaften komme in diesen Zahlen zum Ausdruck. Die Zusammenarbeit mit den einzelnen Sektionsleitungen und der Geschäftsführung sei eine sehr gute gewesen. Alle nötigen Maßnahmen wurden in voller Uebereinstimmung getroffen, sehr zum Vorteil der gesamten Mitgliedschaft. Er wolle seine Ausführungen nicht schließen, ohne den Sektionsleitungen, den Eintauslern und allen anderen Funktionären für ihre treue Mitarbeit im Namen der Bezirksverwaltung zu danken. Insbesondere danke er aber dem bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Brendle, der schon über 25 Jahre dieses Amt begleitet und dem Schriftführer, Kollegen Werner, welcher über 15 Jahre als solcher tätig sei. Mögen sie mit dem Bewußtsein die heutige Generalversammlung verlassen, ihre volle Blüthe und Schuldbefreiung in der Gewerkschaftsbewegung getan zu haben. Reicher Beifall wurde dem Kollegen Flöber für seine Ausführungen zuteil. Nachdem Kollege Flöber im Namen der Revisionskommission berichtet hatte, daß Kasse und Bücher in Ordnung seien, wurde in die Diskussion eingetreten. Diese war kurz und bewegte sich in aufstimmendem Sinne.

Für die zukünftige Ortsverwaltung des Gesamtverbandes wurden folgende Kollegen einstimmig vorgeschlagen und gewählt: Karl Flöber, Robert Geiber, Fritz Häber, Reinhard Heil,

Das Geheimnis der Milchpreise

Unsere Bemerkung in der Notiz über die Gründung der neuen Karlsruher Milchverarbeitungs-Gesellschaft, daß auch die Konsumenten in dieser Gesellschaft eine Vertretung haben sollten, hat den Rest auf den Plan gerufen, diese Forderung abzulehnen. Geschicht die Publizierung eines solchen gegenteiligen Standpunktes in sachlichem Rahmen, so ist dagegen gewiß nichts einzuwenden, aber der Rest verlierte in einseitigen und unbegründeten Verdächtigungen gegenüber der Sozialdemokratie, seinen Standpunkt noch bekräftigender zu gestalten. Nun ist dem Rest noch ein Rufer im Streite beigegeben, und zwar ein Herr Ruf. Er erkennt die Wichtigkeit des Milchhandels in der Milchverarbeitung an, aber zu sagen hat der Milchhande nichts, er hat einfach zu zahlen, den Mund zu halten und sich kritisch dem Diktat der Landwirte und Händler zu fügen. Eine echte Kammerfemeinlichkeit diese beiden, der Rest und der Herr Ruf! Als Anwälte des Profits, der Rechtslosmachung sowie der Herabsetzung der Konsumenten in ihrem Urteilsvermögen und in ihrer Tätigkeit in hunderter Hebe gegen die Sozialdemokratie leisten wirklich beide hervorragendes. Wer sich auf eine so niedere Kammerbahn begibt, der wird nicht erwarten können, daß man sich sachlich mit ihm auseinandersetzt, zudem scheint ja — wie die Sprache des Herrn Ruf am Schlusse seines Artikels erkennen lassen dürfte — daß er viel mit Blechern umgeht und da können wir allerdings nicht mehr mitmachen. Dieses Feld überlassen wir neidlos Herrn Ruf.

Wenn wir zu der Sache überhaupt noch etwas erwähnen, so deshalb, weil von der Gegenseite die Konsumenten, besonders die Sozialdemokraten, als nicht mündig und nicht sachverständig genug angesehen werden, um in Milchverarbeitungsfragen mitzureden und mitzuentscheiden. Nun weiß man ja, daß die Herren vom Halm und von der Kamme die bezuften sind, in solchen Dingen mitzureden. Die Zulassungsbehörde in mancher landwirtschaftlichen Genossenschaft und auch Milchgenossenschaften, bei denen verwandte Gelder des Rest und des Herrn Ruf mit ihren „Sachkenntnissen“ oft die Entlohnung beeinflussen, befragt zwar das Gegenteil. In diesen Organisationen hatten die Sozialdemokraten nicht mitgewirkt, aber die Rechte ist trotzdem da. Doch aber das organisierte Konsumententum sogar im Sozialdemokratie, Musterbeispiel: Die deutsche Wirtschaftsgesellschaft hat einen Bericht über die Untersuchung des Handels mit Milch und Milchprodukten veröffentlicht. (Verleitet bei E. S. Mittler u. Sohn, Berlin). Im Laufe der Untersuchung fielen die verschiedenen Milchpreise in einer mitteldeutschen Stadt auf. Um die Vergleichbarkeit der Preisbildung zu erklären, wurden drei Sachverständige vernommen. Der erste Sachverständige, den der Enquêtebericht mit M. bezeichnet, ist der Vertreter des Konsumvereins in der erwähnten mitteldeutschen Stadt. Die beiden anderen Sachverständigen, in der Enquete M. A. und M. B. genannt, sind Milchgroßhändler (Großmolkeverlei). Aus der kontrastistischen Vernehmung geben wir folgende bezeichnende Stellen wieder:

Vorsitzender des Enqueteausschusses: Herr Sachverständiger M., der Enqueteausgang hat Sie hierher geladen, weil Sie bei der Vernehmung eines Milchhändlers aus Ihrer Stadt herausgestellt hat, daß Ihr Konsumverein dasjenige Quantum Milch für 28 Pfennige liefert, das von den Milchhändlern für 31 Pfennige und von einer Großmolkeverlei für 32 Pfennige verkauft wird. Diese Differenz ist um so mehr aufzufallen, als Ihr Konsumverein noch 5 Prozent zurückzuerhalten. Wie erklären Sie sich die Differenz zwischen Ihren Preisen und den Preisen des privatwirtschaftlichen Handels?

Sachverständiger M. ist schlenmässig dar, daß der von ihm vertretene Konsumverein die Milch zu denselben Preisen einläuft wie die privaten Händler.

Vorsitzender: Wie kommen die andern Milchhändler zu der Behauptung, daß bei Ihnen die Milch anders behandelt wird?

Sachverständiger M.: Diese Behauptung müssen die Milchhändler machen, weil sie die Milch zu denselben Preisen einläuft wie die privaten Händler. Die Milchhändler haben ja früher die Milch von denselben Molkeverleien bezogen, von der wir sie heute beziehen. Unsere Mitglieder verlangen, daß wir ihnen auch Milch liefern. Wir leisten uns zu diesem Zwecke mit einigen Molkeverleien in Verbindung. Wir wollten zunächst behelnden anfangen und wenige hundert Liter Milch verteilen. Als die Einzelhändler davon erfuhr, sind sie gegen uns Sturm gelaufen. Sie haben gedroht, die Molkeverlei zu kontaktieren, wenn sie den Konsumverein davon erfuhr, sind sie gegen uns Sturm gelaufen. Sie haben gedroht, die Molkeverlei zu kontaktieren, wenn sie den Konsumverein davon erfuhr, sind sie gegen uns Sturm gelaufen. Sie haben gedroht, die Molkeverlei zu kontaktieren, wenn sie den Konsumverein davon erfuhr, sind sie gegen uns Sturm gelaufen.

Sachverständiger M. ist schlenmässig dar, daß der von ihm vertretene Konsumverein die Milch zu denselben Preisen einläuft wie die privaten Händler.

Vorsitzender: Wie kommen die andern Milchhändler zu der Behauptung, daß bei Ihnen die Milch anders behandelt wird?

Sachverständiger M.: Diese Behauptung müssen die Milchhändler machen, weil sie die Milch zu denselben Preisen einläuft wie die privaten Händler. Die Milchhändler haben ja früher die Milch von denselben Molkeverleien bezogen, von der wir sie heute beziehen. Unsere Mitglieder verlangen, daß wir ihnen auch Milch liefern. Wir leisten uns zu diesem Zwecke mit einigen Molkeverleien in Verbindung. Wir wollten zunächst behelnden anfangen und wenige hundert Liter Milch verteilen. Als die Einzelhändler davon erfuhr, sind sie gegen uns Sturm gelaufen. Sie haben gedroht, die Molkeverlei zu kontaktieren, wenn sie den Konsumverein davon erfuhr, sind sie gegen uns Sturm gelaufen. Sie haben gedroht, die Molkeverlei zu kontaktieren, wenn sie den Konsumverein davon erfuhr, sind sie gegen uns Sturm gelaufen.

Soziald. Partei - Bezirk Mühlburg

Die Bezirksversammlung in Mühlburg am Samstagabend hatte nicht den gewöhnlichen Verlauf. Während die große Zahl nach Sachverhaltsfragen geht und links und rechts tonatische Elemente in Fragen und Radikalkomus macht, veranlaßte die Sozialdemokratische Partei aufkündende Vorträge, so auch am Samstag, den 18. Januar 1930. In dieser Versammlung wurde das Thema „Das Erwerbslosenversicherungsgesetz in seiner neuen Gestalt“ behandelt. Der Referent, Genosse Koch, verstand es in 1 1/2 stündiger Rede die Zuhörer mit dem weitestgehenden Inhalt des Gesetzes bekannt zu machen und bezüglich der Verbesserungen nachzuweisen, welche Parteien gegen die Verbesserung und für Verschlechterung sich eingesetzt haben. Ganz besonders behandelte der Referent die Entstehung der Erwerbslosenversicherung und legte dar, wie schon vor dem Kriege die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei die Erwerbslosenversicherung eintraten, aber immer von den bürgerlichen Parteien bekämpft wurde. Auch das Gesetz System mit seiner Unterfüllungseinrichtung war ein Anfang, schon Bebel hatte in seiner Zeit dementsprechende Anregung gegeben. Gen. Koch kam dann auch auf die Bemühungen von Sozialdemokratischer Ministerseite zu sprechen, wo die beste Absicht bestand, ein gesundes Versicherungsgesetz zu schaffen, aber die Befämpfung durch die bürgerlichen Parteien, insbesondere durch die deutsche Sozialpartei und des Zentrumsgesandten Esser und dann zuletzt noch die großen Schwierigkeiten des Reichsbankpräsidenten Schacht, mochten alle Bemühungen zunichte.

Gen. Denker appellierte, dafür zu sorgen, daß bei der nächsten Wahl nicht mehr so viele Feinde der Arbeiterklasse gewählt werden, nur dann können bessere Gesetze für das arbeitende Volk geschaffen werden.

In geschäftlicher Mitteilung wurde darauf hingewiesen, daß in der Hardtschule Ahabende stattfinden, ebenso auf die Zeitschriften und, besonders, daß jeder einzelne endauskommen für den Volksfreund und die Sozialpartei, wobei sich jeder Anwesende mit einem Aufnahmeposten verabschiedete. Zugleich wurde

Vorsitzender: Als die Qualität Ihrer Milch angeweißt wurde, ist u. a. auch angeführt worden, daß Sie von einer Landmolkeverlei bezogen, welche die Milch nicht so erfrischend behandelt wie die großen Molkeverleien in Ihrer Stadt.

Sachverständiger M.: Unser Lieferant hat dieselben Maschinen, dieselbe Milch, dieselbe Arbeitsmethode wie die Lieferanten der privaten Einzelhändler.

Vorsitzender: Halten Sie die Qualität Ihrer Milch irgendwie für geringer als die der anderen Milchhändler?

Sachverständiger M.: Im Gegenteil, wir behaupten, daß unsere Milch im Durchschnitt einen höheren Fettgehalt hat als die Milch der privaten Einzelhändler.

Vorsitzender: Es ist doch auffällig, daß Ihre Kalkulation immer unter dem allgemeinen Verkaufspreis bleibt.

Sachverständiger M.: Der Verkaufspreis ist eben von den Molkeverleien sehr hoch festgesetzt.

Vorsitzender: Die Milchhändler Ihrer Stadt haben uns folgende Rechnung aufgemacht: Zu einer Zeit, als der Verkaufspreis im Einzelhandel 31 Pfennig war, erhielt der Landwirt 21 Pfennig. Der Großhändler nimmt 25 Pfennig und der Einzelhändler verkauft sie mit 31 Pfennigen. Das ist also je Liter Milch vom Landwirt zum Einzelhändler eine Differenz von 10 Pfennigen. Wenn man nun 1 1/2 Pfennig für die molkeverleiartige Bearbeitung absetzt, dann bleiben 8 1/2 Pfennig Arben je Liter. Sie nehmen nun 29 Pfennig, während Sie selbst 22 1/2 Pfennig bezahlen. Das beträgt die Differenz also nur 6 1/2 Pfennig.

Sachverständiger M.: Das sind 22,4 Pros. vom Verkaufspreis. Das ist doch ein sehr hoher Nutzen.

Vorsitzender: Ein Sachverständiger hat ganz elakt behauptet, daß Sie bei der Milch mit Verlust arbeiten müssen.

Sachverständiger M.: Dazu kann ich nur bemerken, daß wir allerdings wären, wenn wir auf alle Waren 22,4 Pros. Bruttoertrag hätten.

(Es folgt die Vernehmung der beiden Sachverständigen M. A. und M. B. Der Sachverständige M. A. verläßt während der Zeit den Raum.)

Sachverständiger M.: Der Konsumverein behandelt gerade die Milchfrage als eine politische Frage. Obenwo wir je schon im vorigen Jahre und vor zwei Jahren das Brot um 10 Pfennig billiger abgegeben hat als die privaten Wäckerleien, so benutzt er auch die Milch dazu, um Mitglieder heranzuziehen.

Sachverständiger M.: Der Konsumverein bezahlt auch einen Teil der Steuern nicht.

Der Sachverständige M. wird wieder zugelassen und erklärt auf Betragen des Vorsitzenden, daß der Konsumverein keine Körperschaftsteuer bezahlt.

Vorsitzender: Das ist natürlich ein Vorteil und einer der Gründe weshalb der Konsumverein Rabatt ausschütten kann. Aber für waschhalb der Bruttoertrag kommt das nicht in Betracht. Herr Sachverständiger M., meinen die Herren M. A. und M. B., es ist die Ihre Preisfestsetzungen im Grunde genommen um etwas politischer handelt.

Sachverständiger M.: Wenn wir den Preis nehmen würden, den die Milchhändler und Molkeverleien in meiner Stadt nehmen, und es würde bekannt werden, daß wir einen derartigen Prozentsatz Bruttoertrag an der Milch haben, dann würden unsere Mitglieder fragen, wozu haben wir denn eine wirtschaftliche Organisation, die uns Vorteile bieten soll.

Man beschäftigt sich dann mit der Bildung des Einzelhandelsmilchpreises.

Sachverständiger M.: Der wird zusammen mit dem Milchhandelsverein und zwar so, daß jeder dabei insofern auskommen kann, als er eine gewisse Verzinsung für sein investiertes Kapital hat.

Vorsitzender: Sie richten sich nach den Preisen des Einzelhandelsverbandes und nehmen immer einen Pfennig mehr. Wie motivieren Sie das?

Sachverständiger M. gibt eine ausweichende Antwort.

Vorsitzender: Wie wird eigentlich der Einzelhandelspreis festgesetzt?

Sachverständiger M.: Das kann ich nicht beurteilen, auf welcher Grundlage der Preis festgesetzt wird.

Vorsitzender: Sie wissen gar nicht, wie der Preis für den Einzelhandel festgesetzt wird, wissen aber genau, daß Sie einen Pfennig mehr auflegen haben.

Im Laufe der Vernehmung äußert sich der Sachverständige M. B. dahin, daß in seiner Stadt viele Einzelhändler mit zu geringen Preisen zusammengekauft seien. Alle diese Händler aber, die sich täglich 60 bis 90 Liter beschafften, sollen nach der Auffassung des Sachverständigen M. B. Einzelhandelsverbandes erfrischend sein. Im weiteren erzählt er, daß die Einzelhändler ein Drittel der Milch ohne jede Verarbeitung abgeben. Der Sachverständige M. B. bezeugt selbst, daß die Händler aus großen Teil Milch zu denselben Preisen verkaufen, die nicht verarbeitet ist.

Aus der Unternehmung geht klipp und klar hervor, daß die billigeren Preise der Konsumvereine auf der besseren Dramatation und auf einer geringen Profligate beruhen.

sehnungsgeben, daß am 8. Februar die Bezirks-Generalkonferenz am Samstag stattfinden, in welcher Gen. Reinmuth einen lehrreichen Vortrag hält. Wir bitten die Arbeitervereine, diesen Tag freizuhalten.

Gen. Denker schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß bei der nächsten Parteiversammlung alle Parteigenossen erscheinen.

* Eine gute Nachricht — hoffentlich wird sie wahr! Wie wir hören, beabsichtigt die Michelin-Pneumatic-Gesellschaft ihre Produktion in noch größerem Umfang als bisher zu vergrößern, in Karlsruhe aufzunehmen. Es bestand ursprünglich die Absicht, in dem zu errichtenden Karlsruher Werk in der ersten Zeit nur Autoreifen zu fabricieren und dann später noch weitere Artikel der Pneumatic-Gruppe. Nun ist das Produktionsvorhaben dadurch geändert worden, daß neben der Autoreifenfabrikation zugleich die Produktionserweiterung hat auch die erfreuliche Lichtseite, daß noch einige Hundert Arbeitskräfte mehr beansprucht werden. Der so betriebsende Karlsruher Arbeitsmarkt kann derartige Maßnahmen recht gut vertragen.

(*) Der Bund erblindeter Krieger, Ortsgruppe Karlsruhe-Weinheim, veranstaltete am Sonntag, den 19. d. Mts. im Restaurant „Goldener Adler“ an Stelle einer Weihnachtsfeier für seine Mitglieder erblindeten Mitglieder und deren Familienangehörigen einen in allen Teilen wohlgeplanten musikalischen Abend. Das reichhaltige Programm umfaßte außer verschiedener Männer- und Solistarien das patriotische Lied „Wir sind ein Volk“, die schönsten Quartette des Männergesangsvereins Kadonia, Orchesterstücke und wohlverdienten Beifall. Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschten die kriegsblinden Zuhörer dem Klavierkonzert des Herrn Ullrich, dem Flötenkonzert Marillos, vorgelesen von Herrn Otto Kirchberger und dem Violoncello gespielt von Herrn Paul Anns. Am Schlusse des Konzertes, das 2 volle Stunden dauerte, sprach Herr Ullrich über die Angelegenheiten der kriegsblinden. In der Diskussion, die sich anschloß, wurde über die Angelegenheiten der kriegsblinden gesprochen. Die Beschlüsse der Versammlung sind im Bericht der Ortsgruppe zu finden. Die Beschlüsse der Ortsgruppe sind im Bericht der Ortsgruppe zu finden. Die Beschlüsse der Ortsgruppe sind im Bericht der Ortsgruppe zu finden.

